



Leibniz
Gemeinschaft

**Wissenschaftsgemeinschaft
Gottfried Wilhelm Leibniz e. V.**

- Leibniz-Gemeinschaft -

Jahresbericht 2007

Inhaltsverzeichnis

	Seite
A. Verband und Geschäftsstelle	3
1. Einleitung	3
2. Senat und Präsidium	5
3. Außenvertretung	9
4. Strategische Weiterentwicklung	11
5. Leibniz-Institute im Wettbewerb	13
6. Nachwuchsförderung, Preise und Geschlechtergerechtigkeit	22
7. Europäische Forschungsförderung	27
8. Internationales	30
9. Sektionen, IVS, Verwaltungsausschuss	31
10. Wissenschaftliche Verbände	33
11. Arbeitskreise	37
12. Geschäftsstelle	42
13. Administrative und rechtliche Rahmenbedingungen	46
14. Programmbudgets	50
15. Öffentlichkeitsarbeit	53
16. Jahr der Geisteswissenschaft	58
17. LeibnizX	59
B. Jahresbericht des Referats Evaluierung	62
C. Personalübersicht Geschäftsstelle und Referat Evaluierung	67

A. Verband und Geschäftsstelle

1. Einleitung

Grundlage der Arbeit der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz e. V. (Leibniz-Gemeinschaft) ist ihre Satzung in der aktuellen Fassung vom 24.11.2006. Danach sind die wichtigsten Aufgaben der Leibniz-Gemeinschaft:

- die Förderung der wissenschaftlichen Zusammenarbeit der Mitgliedseinrichtungen,
- die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses,
- die Sicherung und Stärkung der Qualität, Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit ihrer Mitgliedseinrichtungen, insbesondere durch die Entwicklung und Durchführung von Verfahren zur Leistungsbewertung,
- die Wahrnehmung der gemeinsamen Anliegen gegenüber Bund, Ländern, den anderen Wissenschaftsorganisationen und gegenüber der Öffentlichkeit,
- der Erfahrungs- und Informationsaustausch,
- die Pflege der internationalen Kontakte sowie
- die Durchführung von Seminaren und wissenschaftlichen Konferenzen.

Die Aufgabe jeder Leibniz-Einrichtung ist es, themenorientierte, strategische Forschung zu betreiben: Der Auftrag jeder Leibniz-Einrichtung ist die Bearbeitung konkret benannter, gesellschaftlich relevanter Themen mit überregionaler und gesamtstaatlicher Bedeutung, die jeweils gemeinsam mit den Zuwendungsgebern von Bund und Ländern festgelegt werden. Diese Aufgaben, die wegen ihrer Komplexität zu meist eine langfristige Bearbeitung erfordern, eignen sich wegen ihres Umfangs oder ihrer Inhalte nicht für die typische Universitätsforschung. Die Bearbeitung der Themen erfolgt fächerübergreifend mittels strategischer Forschung, d. h. durch das jeweils passende Verhältnis von Grundlagen- und Anwendungsorientierung sowie Wissenstransfer in wissenschaftlicher Freiheit. Leibniz-Einrichtungen leisten wissenschaftliche Forschung auf höchstem Niveau und erbringen forschungsbasierte Dienstleistungen („Service“) für die Öffentlichkeit, Politik sowie die Wissenschaft und Wirtschaft.

Leibniz-Einrichtungen sind – in unterschiedlichen Rechtsformen – selbstständig. Vergleichbar mit mittelgroßen Unternehmen mit zwischen 50 und 400 Beschäftigten, verfügen sie über eine Gremienstruktur, die ihre strategische Steuerung organisiert und wirtschaftliche Arbeitsweise kontrolliert. Aufsichtsgremien, in denen Vertreter¹ des Bundes und der Länder sowie Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik tätig sind, begleiten die grundsätzlichen wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Angelegenheiten der Einrichtungen. Bei der Ausrichtung und Entwicklung der wissenschaftlichen Arbeit werden die Leibniz-Institute von wissenschaftlichen Beiräten und ggf. Nutzer-Beiräten unterstützt.

Bei der Umsetzung ihrer Aufgaben sowie zur Erfolgskontrolle bedienen sich die Leibniz-Einrichtungen strategischer Instrumente, beispielsweise der Kosten-Leistungsrechnung (KLR) und der Programmbudgets. Auf diese Weise wird ein ef-

¹ Alle Amts- und Funktionsbezeichnungen gelten in gleicher Weise für weibliche und männliche Personen.

fektiver und transparenter Einsatz der öffentlichen Forschungsmittel gewährleistet. Neben diesen beiden genannten Elementen sichern Leibniz-Einrichtungen ihre wissenschaftliche Qualität und Serviceleistung darüber hinaus, indem sie sich regelmäßig einem transparenten und konsequenten sowie streng extern angelegten Evaluierungsverfahren stellen. Alle sieben Jahre werden bei der Evaluierung der Einrichtungen die Bearbeitung der gewählten Thematik und deren Aktualität, die erbrachte Qualität der wissenschaftlichen Arbeit und die Funktionalität der Organisation durch international besetzte, externe Gutachtergremien vor Ort überprüft. Ergänzt werden die externen Evaluierungen durch Audits der Wissenschaftlichen Beiräte der Einrichtungen.

Leibniz-Einrichtungen kooperieren sehr eng mit Hochschulen: Die vielfältigen Kooperationsbeziehungen zeigen sich in 40 Beteiligungen an Sonderforschungsbereichen, in der Mitwirkung in 37 Graduiertenkollegs sowie in der Durchführung zahlreicher gemeinsamer Forschungsvorhaben, hier besonders im Rahmen der Exzellenzinitiative (vgl. Kap. 5.2.). Die enge Zusammenarbeit mit den Hochschulen wird auch durch 225 gemeinsame Berufungen von leitenden Wissenschaftlern der Leibniz-Institute dokumentiert. Darüber hinaus gibt es zahlreiche Kooperationsverträge mit kooperierenden Hochschulen. Nicht zuletzt durch die genannten Kooperationen stellen sich Leibniz-Einrichtungen offensiv dem wissenschaftlichen Wettbewerb auf nationaler und internationaler Ebene.

Eine ganze Reihe von Leibniz-Instituten stellen Besonderheiten im deutschen Forschungssystem dar: So ist die raumwissenschaftliche Forschung in Deutschland, die außerhalb der Hochschulen betrieben wird, hauptsächlich in den Leibniz-Instituten vertreten. Auch in der Bildungsforschung und den Wirtschaftswissenschaften, der agrarwissenschaftlichen, tropenmedizinischen und meereswissenschaftlichen Forschung verfügen die Leibniz-Institute über ein erhebliches, zum Teil singuläres Forschungspotential; ebenso in der Klimaforschung sowie in den Materialwissenschaften.

In der Leibniz-Gemeinschaft sind gegenwärtig 83 selbstständige Einrichtungen in fünf thematisch untergliederten Sektionen zusammengeschlossen.² Der Zusammenschluss dient vornehmlich der gemeinsamen Vertretung der wissenschaftspolitischen Interessen der Institute. Die Leibniz-Gemeinschaft versteht sich als Netzwerk im deutschen Wissenschaftssystem und als komplementärer Partner der Hochschulen. Der Mehrwert der Leibniz-Gemeinschaft ergibt sich unter anderem aus folgenden Punkten:

- Sicherung von Qualität durch Evaluierung und Wettbewerb,
- enge Verbindung von Forschung und Service (Leibniz „theoria cum praxi“),
- Transfer von Wissen in die Gesellschaft,
- wissenschaftliche Autonomie der Einrichtungen bei gleichzeitigem Bekenntnis zur gemeinsamen gesellschaftlichen Verantwortung,
- Flexibilität der Einrichtungen („Institute auf Widerruf“),

² Zusätzlich sind derzeit das Zentrum für Marine Tropenökologie Bremen (ZMT) sowie das Deutsche Rheumaforschungszentrum Berlin (DRFZ) assoziierte Mitglieder der Leibniz-Gemeinschaft.

- Nutzung von Interdisziplinarität und wissenschaftlicher Pluralität (Geistes-, Sozial-, Natur- und Technikwissenschaften),
- gezielte themenorientierte Zusammenarbeit, die institutsübergreifend, organisationsoffen und temporär angelegt ist (Themenbearbeitung im wissenschaftlichen Verbund),
- aktive Mitgestaltung des europäischen Forschungsraums (mit Unterstützung des Leibniz-Verbindungsbüros in Brüssel).

Neben klassischen Forschungsinstituten sind in der Leibniz-Gemeinschaft 20 sog. Serviceeinrichtungen für Forschung, Politik und Gesellschaft vertreten. Eine weitere Besonderheit der Leibniz-Gemeinschaft sind die sieben Forschungsmuseen, die eine breite Basis zur Verbesserung der öffentlichen Wahrnehmung von Wissenschaft und Forschung bieten und damit einen wichtigen Beitrag zu deren Akzeptanz leisten.

Der Berichtszeitraum des vorliegenden Jahresberichts erstreckt sich von November 2006 bis November 2007. Den statistischen Daten liegt der Zeitraum 01.01.06 bis 31.12.06 zugrunde. Insgesamt betrug der Personalbestand aller Leibniz-Institute im Jahr 2006 13.777 Personen; es waren 6.482 Mitarbeiterinnen und 7.295 Mitarbeiter in den Einrichtungen beschäftigt, davon 5.718 Personen in akademischer Funktion. 33,8 % des wissenschaftlichen Personals sind weiblich. 58,8 % des wissenschaftlichen Personals waren 2006 befristet angestellt. In den Leibniz-Instituten waren im Berichtszeitraum 1.468 Doktoranden beschäftigt. Die gemeinsame Zuwendung von Bund und Ländern betrug im Jahr 2006 rund 756,1 Mio. Euro. Zusätzlich zur gemeinsamen Förderung von Bund und Ländern standen den Einrichtungen weiterhin Mittel in Höhe von 47,2 Mio. Euro aus der übrigen institutionellen Förderung zur Verfügung, so dass das Gesamtvolumen der institutionellen Förderung 803,3 Mio. Euro betrug. Darüber hinaus wurden 216,7 Mio. Euro an Drittmitteln von der DFG, von Bund und Ländern, aus der Industrie sowie der EU eingeworben.

Die Geschäftsstelle der Leibniz-Gemeinschaft sowie das Referat Evaluierung haben ihren gemeinsamen Sitz in Bonn. Die Geschäftsstelle unterhält weiterhin Büros in Berlin sowie in Brüssel. Sitz des Präsidenten ist seit dem 01.09.2006 Berlin. Sitz der Geschäftsleitung ist Bonn.

2. Senat und Präsidium

2.1. Senat

Im Berichtszeitraum haben die 20., 21. und 22. Sitzung des Senats der Leibniz-Gemeinschaft stattgefunden. Dabei beschäftigte sich der Senat mit den Evaluierungsergebnissen zahlreicher Institute, wobei er die Berichte der Bewertungsgruppen, die Stellungnahmen der Institute zu den Bewertungsberichten sowie die Vorschläge des Senatsausschusses Evaluierung (SAE) für die Senatsstimmungen intensiv diskutierte. Die verabschiedeten Stellungnahmen des Senats sind im Internet auf den Seiten des Referats Evaluierung veröffentlicht.

Im Einzelnen sind auf der 20. Sitzung am 23. November 2006 die Senatsempfehlungen zu folgenden Instituten verabschiedet worden:

- Leibniz-Institut für Ostseeforschung Warnemünde an der Universität Rostock (IOW)
- Forschungsinstitut und Naturmuseum Senckenberg der SNG, Frankfurt am Main (FIS)
- Institut für Wissensmedien, Tübingen (IWM)
- Max-Born-Institut für Nichtlineare Optik und Kurzzeitspektroskopie, Berlin (MBI)
- Forschungszentrum Borstel - Leibniz-Zentrum für Medizin und Biowissenschaften (FZB)
- Leibniz-Institut für Meereswissenschaften an der Universität Kiel (IFM-GEOMAR)

Auf der 21. Sitzung am 6. März 2007 wurden die Senatsempfehlungen zu folgenden Instituten verabschiedet:

- Römisch-Germanisches Zentralmuseum – Forschungsinstitut für Vor- und Frühgeschichte, Mainz (RGZM)
- Zoologisches Forschungsmuseum Alexander Koenig – Leibniz-Institut für Biodiversität der Tiere, Bonn (ZFMK)
- Deutsche Sammlung von Mikroorganismen und Zellkulturen, Braunschweig (DSMZ)
- Deutsches Primatenzentrum, Göttingen (DPZ)

Auf der 22. Sitzung am 18. Juli 2007 wurden die Senatsempfehlungen zu folgenden Instituten verabschiedet:

- Deutsches Bergbau-Museum Bochum (DBM)
- Institut für Zeitgeschichte, München und Berlin (IfZ)
- Leibniz-Institut für Pflanzenbiochemie, Halle/Saale (IPB)
- Leibniz-Institut für Neurobiologie – Zentrum für Lern- und Gedächtnisforschung, Magdeburg (IfN)
- Leibniz-Institut für Zoo- und Wildtierforschung, Berlin (IZW)
- Deutsches Diabetes-Zentrum – Leibniz-Zentrum für Diabetes-Forschung, Düsseldorf (DDZ)
- Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)

Auf seiner Sitzung am 18. Juli 2007 diskutierte der Senat u. a. ausführlich über die strategische Entwicklung der Leibniz-Gemeinschaft.

Bei der Wahl neuer Senatoren wählten die Senatsmitglieder auf ihrer 22. Sitzung für den Bereich „Wahlmitglied (EU)“ Herrn Dr. Peter Dröll, Kabinettschef des EU-Forschungskommissars, und für den Bereich „Wahlmitglieder (öffentliches Leben)“ Herrn Dr. Richard Escritt, ehemaliger Direktor Generaldirektion Forschung der EU-Kommission, in den Senat. Als Ländervertreter schieden der ehemalige Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Herr Prof. Dr. Hans-Robert Metelmann, sowie der Kultusminister des Landes Sachsen-Anhalt,

Herr Prof. Dr. Jan-Hendrik Olbertz, aus. An ihre Stelle traten die Sächsische Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst, Frau Dr. Eva-Maria Stange, und der Senator für Bildung und Wissenschaft der Freien und Hansestadt Bremen, Herr Willi Lemke, der allerdings nach einem Ressortwechsel in der Hansestadt im Oktober 2007 offiziell aus dem Senat ausscheidet. Eine Neubesetzung des dritten Ländervertreeters durch die Kultusministerkonferenz erfolgt am 17./18. Oktober 2007.

Mit dem Wechsel an die Spitze der Deutschen Forschungsgemeinschaft trat der neue DFG-Präsident, Herr Prof. Dr.-Ing. Matthias Kleiner, qua Amt in den Leibniz-Senat ein.

Mitglieder des Senats (Stand: Oktober 2007; **neue Mitglieder sind fett markiert**):

A. Vertreter der Zuwendungsgeber (Bund/Länder):

Bund: Staatssekretär Prof. Dr. Frieder Meyer-Krahmer, BMBF

Bund: Staatssekretär Dr. Walther Otremba, BMWi

Land: Senator Jörg Dräger Ph. D. (Cornell U.), Behörde für Wissenschaft und Forschung, Hamburg

Land: **Staatsministerin Dr. Eva-Maria Stange - Sächsisches Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst**

Land: **Senator Willi Lemke, Behörde für Bildung und Wissenschaft der Freien und Hansestadt Bremen**

B. qua Amt (Präsidenten/Vorsitzende der deutschen Wissenschaftsorganisationen):

Deutsche Forschungsgemeinschaft: **Prof. Dr.-Ing. Matthias Kleiner**

Fraunhofer Gesellschaft: Prof. Dr.-Ing. Hans-Jörg Bullinger

Helmholtz-Gemeinschaft: Prof. Dr. Jürgen Mlynek

Hochschulrektorenkonferenz: Prof. Dr. Margret Wintermantel

Max-Planck-Gesellschaft: Prof. Dr. Peter Gruss

Wissenschaftsrat: Prof. Dr. Peter Strohschneider

C. Wahlmitglieder (öffentliches Leben):

Petra Gerstenkorn, Bundesvorstand ver.di

Christian Wriedt, Vorstand Körber-Stiftung

PD Dr. habil. Andreas Schlüter, Generalsekretär des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft

Dr. Ludwig Baumgarten, Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt

Staatssekretär a. D. Helmut Stahl, MdL Düsseldorf

Staatssekretär a. D. Dr.-Ing. Uwe Thomas

Cornelia Pieper, MdB Berlin

Staatsminister a. D. Prof. Dr. Hans-Joachim Meyer

Prof. Dr. Jürgen Blum, Zentrum für Wissenschaftsmanagement, Speyer

Dr. Richard Escritt, Direktor a. D. der Generaldirektion Forschung, EU-Kommission

D. Wahlmitglied (EU):

Dr. Peter Dröll, Kabinettschef des EU-Forschungskommissars

E. Wahlmitglieder (auf Vorschlag der Sektionen):

Sektion A: Prof. Dr. Jürgen Baumert, Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin

Prof. Dr. Rudolf Schieffer, Präsident der Monumenta Germaniae Historica, LMU München

Sektion B: Prof. Dr. Paul Gans, Universität Mannheim, Lehrstuhl für Wirtschaftsgeographie, Abteilung Volkswirtschaftslehre

Prof. Dr. Wernhard Möschel, Universität Tübingen, Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Handels-, Wirtschafts- und Europarecht

Sektion C: Prof. Dr. Rudi Balling, Wissenschaftlicher Geschäftsführer des Helmholtz-Zentrums für Infektionsforschung, Braunschweig

Prof. Dr. Stefan Meuer, Universität Heidelberg, Institut für Immunologie

Sektion D: Prof. Dr. Gerhard Ertl, Direktor des Fritz-Haber-Instituts der MPG, Berlin

Prof. Dr. Knut Urban, Forschungszentrum Jülich, Institut für Festkörperforschung

Sektion E: Prof. Dr. Reinhard Hüttl, GeoForschungsZentrum Potsdam

Prof. Dr. Gerold Wefer, Universität Bremen, MARUM – DFG-Forschungszentrum Ozeanränder

F. Wahlmitglieder: Mitglieder deutscher Hochschulleitungen

Prof. Dr. Alfons Labisch, Rektor Universität Düsseldorf

Prof. Dr. Dr. h. c. Christoph Marksches, Präsident Humboldt-Universität zu Berlin

Dr. Frank Nolden, Kanzler Universität Leipzig

Ass iur. Manfred Nettekoven, Kanzler der RWTH Aachen

2.2. Präsidium

Fünf Sitzungen sowie eine außerordentliche Sitzung des Präsidiums der Leibniz-Gemeinschaft im Berichtszeitraum dokumentieren erneut die aktiven Bemühungen des Gremiums um die Weiterentwicklung des Verbandes (gemäß Satzung § 10 Absatz 3 sind nur zwei Sitzungen erforderlich).

Das Präsidium des Berichtsjahres besteht aus:

Präsident	Prof. Dr. Dr. h. c. Ernst Th. Rietschel
Past-Präsident	Hans-Olaf Henkel
Wiss. Vizepräsident	Prof. Dr. Eckhard George (IGZ)
Wiss. Vizepräsident	Prof. Dr. Dr. Dr. h. c. Bernhard Müller (IÖR)
Adm. Vizepräsident	Dr. Falk Fabich (FVB)
Sprecher Sektion A	Prof. Dr. Udo Wengst (IfZ) ab 22.11.2007 Prof. Dr. Friedrich Hesse (IWM)
Sprecher Sektion B	Prof. Dr. Dr. Dr. h. c. Bernhard Müller (IÖR) ab 22.11.2007 Prof. Dr. Robert Kappel (GIGA)
Sprecher Sektion C	Prof. Dr. Walter Rosenthal (FMP)
Sprecher Sektion D	Prof. Dr. Günther Tränkle (FBH)
Sprecher Sektion E	Prof. Dr. Jost Heintzenberg (IfT) ab 21.09.2007 Prof. Dr. Peter Herzig (IFM-GEOMAR)
Sprecher VA	Ass. jur. Michael Lankeit (DPZ) ab 22.11.2007 RegDir Ralf Kopischke (IfW, ZBW)
Sprecherin IVS	Frau Sabine Brünger-Weilandt (FIZ KA)
Generalsekretär	Privatdozent Dr. Michael Klein
Leiter Referat Evaluierung	Dr. Carsten Klein

3. Außenvertretung

Insgesamt haben der Präsident, die Vorstands- und Präsidiumsmitglieder sowie der Generalsekretär und die Mitarbeiter der Geschäftsstelle im Berichtszeitraum zahlreiche Termine wahrgenommen. Bei einem Großteil der Termine handelte es sich um externe Gespräche mit Vertretern der Bundes- und Landesregierungen, den Präsidenten und Vorsitzenden der anderen Wissenschaftsorganisationen sowie Vertretern der Industrie. Die Gespräche und Präsentationen haben zum einen dazu gedient, die Anliegen der Leibniz-Gemeinschaft und ihrer Mitgliedsinstitute zu vertreten. Zum anderen wurden sie dazu genutzt, um die Leibniz-Gemeinschaft im deutschen Wissenschaftssystem noch sichtbarer zu machen und ihr Ansehen nach innen und außen weiter zu stärken.

Bei den Terminen des Präsidenten standen neben Gesprächen mit Bundesministerin Dr. Schavan besonders die Gespräche mit den Wissenschafts- und Finanzministern der Bundesländer im Vordergrund, in denen es vor allem um die strategische Weiterentwicklung der Leibniz-Gemeinschaft (z. B. Leibniz-Strategiefonds und Leibniz-Humboldt-Professuren), die Lösung von tarifrechtlichen Problemen im Rahmen des

Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst sowie um die administrative Vereinfachung des SAW-Verfahrens ging.

Im Berichtszeitraum hat es vier Treffen der Allianz gegeben, an denen der Präsident der Leibniz-Gemeinschaft und der Generalsekretär teilgenommen haben. Bei der Diskussion der Spitzen von DFG, MPG, FhG, Leibniz-Gemeinschaft, HGF, HRK und Wissenschaftsrat standen vor allem wissenschaftspolitische und organisatorische Grundsatzfragen zur Diskussion. Hervorzuheben sind dabei die Exzellenzinitiative, der „Pakt für Forschung und Innovation“, gesetzliche Regelungen zum Urheberrecht, Open Access und das Thema Biodiversität im Rahmen des Forums für Forschungsförderung.

Der Präsident der Leibniz-Gemeinschaft ist neben seiner Mitgliedschaft in der Allianz, in den Senaten der Helmholtz-Gemeinschaft und der Max-Planck-Gesellschaft vertreten. Er ist Mitglied in den Kuratorien des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft, des Deutschen Zukunftspreises, des Konvents für Technikwissenschaften der Union der deutschen Akademien der Wissenschaften e. V. (acatech) sowie der Arbeitsgemeinschaft industrieller Forschungsvereinigungen „Otto von Guericke“ e. V. (AiF). In diesem Gremium wird er momentan durch den Sprecher der Sektion D, Herrn Prof. Tränkle, vertreten. In der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) vertritt der Präsident die Leibniz-Gemeinschaft als ständiger Gast im Senat. Schließlich ist er stellvertretender Vorsitzender in der Gesellschafterversammlung von Wissenschaft im Dialog (WiD).

Prof. George (IGZ) vertritt in seiner Funktion als Wissenschaftlicher Vizepräsident die Leibniz-Gemeinschaft als Gast im Plenum der HRK; Vizepräsident Prof. Müller (IÖR) vertritt die Leibniz-Gemeinschaft in der Funktion als Präsidiumsbeauftragter für Evaluierung in Senatsausschuss Evaluierung (SAE). Ferner nimmt Prof. Müller den Sitz in der Steuerungsgruppe für die Pilotstudie Forschungsrating des Wissenschaftsrates wahr. Darüber hinaus ist er Mitglied im acatech. Der Administrative Vizepräsident Dr. Fabich (FVB) vertritt die Leibniz-Gemeinschaft im Kanzlerkreis der HRK und pflegt gemeinsam mit Herrn Lankeit (DPZ), Sprecher des Verwaltungsausschusses (VA), die Kontakte zur Arbeitsgruppe der Personal- und Betriebsräte der Leibniz-Einrichtungen (PBBL).

Der Verwaltungsausschuss hat im Berichtszeitraum vier Vertreter in Ausschüsse der HGF entsendet: Im HGF-Ausschuss Finanz- und Rechnungswesen ist Frau Runow (ehemals IFW, jetzt FZD) Mitglied für die Leibniz-Gemeinschaft; sie wird dort durch Herrn Henze (GESIS/ZUMA) vertreten. Im HGF-Ausschuss Personalangelegenheiten ist Herr Junker (FVB) Mitglied. Im HGF-Arbeitskreis Rechtsfragen wechselten sich Frau Taufenbach (Geschäftsstelle) und Frau Rynarzewski (KIS) ab. Dr. Kändler (MBI) ist Vertreter im HGF-Ausschuss Technologietransfer und Gewerblicher Rechtsschutz (TTGR) und wird von Herrn Eise (IPK) vertreten.

Der Generalsekretär ist Mitglied der Allianz der Wissenschaftsorganisationen. Er vertritt die Leibniz-Gemeinschaft in der Mitgliederversammlung und im Kuratorium des Zentrums für Wissenschaftsmanagement in Speyer (ZWM). Er nimmt als ständiger Gast am Ausschuss „Forschungsförderung“ (AFF) und der Berichterstattergruppe

Blaue-Liste-Einrichtungen (BLE) der Bund-Länder-Kommission (BLK) teil. Die stellvertretende Generalsekretärin vertritt die Leibniz-Gemeinschaft in der Steuerungsgruppe für die Pilotstudie Forschungsrating des Wissenschaftsrates. Ferner ist die Leibniz-Gemeinschaft seit 1998 Mitglied im Trägerverein der Koordinierungsstelle EG der Wissenschaftsorganisationen (KoWi) und wird dort durch den Leiter des Brüssel-Büros, Herrn Dr. Fritz, vertreten.

Neben Vorstand, Präsidium und Geschäftsstelle nahmen auch regelmäßig Personen aus den Mitgliedseinrichtungen an externen Gremien und Gesprächen im wissenschaftlichen und wissenschaftspolitischen Raum im Auftrag der Leibniz-Gemeinschaft teil, denen an dieser Stelle besonders für ihr Engagement gedankt sei:

- Prof. Scheich (IfN) vertritt die Leibniz-Gemeinschaft im ständigen Evaluationsausschuss des Wissenschaftsrates (WR).
- Prof. Klein (PIK) ist Mitglied im Nationalen Koordinierungsausschuss des WR zur Beschaffung und Nutzung von Höchstleistungsrechnern.
- Frau Prof. Bulfone-Paus (FZB) vertritt die Leibniz-Gemeinschaft im Gesundheitsforschungsrat (GFR) des BMBF.
- Prof. Wägele (ZFMK) koordiniert das internationale, vom BMBF geförderte Netzwerk zur Biodiversität in Ostafrika (Biodiversity Monitoring Transect Analysis in Africa – BIOTA East Africa).
- Prof. Scheel (IPB) ist Mitglied im Lenkungsausschuss Genomanalyse im biologischen System Pflanze (GABI).
- Prof. Schellnhuber und Prof. Rahmstorf (beide PIK) sind auf Beschluss des Bundeskabinetts Mitglieder im Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU).

Frau Prof. Lochte (IFM-GEOMAR) ist als Vorsitzende der Wissenschaftlichen Kommission des WR vertreten. Weiterhin sind Frau Prof. Allmendinger (WZB) und Herr Prof. Wagner (DIW/SOEP) Mitglieder in der Wissenschaftlichen Kommission des WR.

4. Strategische Weiterentwicklung

Auf der Jahrestagung 2006 wurde die Bildung einer Strategiekommission der Leibniz-Gemeinschaft beschlossen, die sich mit der strategischen Weiterentwicklung der Gemeinschaft befassen sollte und sich aus Vertretern der Sektionen, des IVS und des VA zusammensetzt. Die Kommission tagte insgesamt sechs Mal in den Räumen des Berlin-Büros. Zusätzlich gab es eine Senatskommission, gebildet aus Mitgliedern des Senats, zahlreiche Anregungen, die in den Diskussionsprozess ebenso eingeflossen sind wie auch die diesbezüglichen Debatten in den Sektionen, im IVS und dem VA. Das Ergebnis des Diskussionsprozesses wird in einem Strategiepapier festgehalten.

Der Fokus der Überlegungen liegt auf der Entwicklung einer strategischen Partnerschaft mit den Hochschulen. Von besonderer Bedeutung ist daher die Vereinbarung mit der Berliner Humboldt-Universität, die der Präsident der Humboldt-Universität,

Prof. Marksches, und Leibniz-Präsident Prof. Rietschel am 26. März 2007 unterzeichneten: Zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und zum Ausbau der Risikoforschung haben die Humboldt-Universität zu Berlin und die Leibniz-Gemeinschaft vereinbart, zehn gemeinsame Leibniz-Humboldt-Professuren einzurichten. Herausragende junge Nachwuchswissenschaftler sollen mit den Leibniz-Humboldt-Professuren die Möglichkeit erhalten, zu Zukunftsthemen zu forschen und zu lehren. Eine Berufung auf eine Leibniz-Humboldt-Professur beläuft sich auf maximal neun Jahre (5 + 4 Jahre), wobei die Humboldt-Universität die ersten fünf Jahre finanziert. Die Professur wird an der Humboldt-Universität und an einem Leibniz-Institut eingerichtet und beinhaltet einen Anteil von etwa 40 % Lehre an der Humboldt-Universität. Eine gemeinsame Strategiekommision von Humboldt-Universität und Leibniz-Gemeinschaft soll gemeinsame Forschungsschnittstellen insbesondere auf Zukunftsfeldern für die Forschung identifizieren. Bis 2010 sollen zunächst zehn Leibniz-Humboldt-Professuren eingerichtet werden. Die ersten zwei Professuren wird das Leibniz-Institut für Molekulare Pharmakologie (FMP) in Berlin-Buch gemeinsam mit dem Institut für integrative Lebenswissenschaften der Humboldt-Universität einrichten und im kommenden Jahr besetzen. Sie werden auf den Gebieten molekulare Biophysik und chemische Biologie angesiedelt sein.

Eine mögliche Organisationsform der angestrebten strategischen Partnerschaft mit den Hochschulen ist der *WissenschaftsCampus*, der zum Ziel hat, die wissenschaftliche Exzellenz zwischen einer Hochschule und einer Leibniz-Einrichtung im Sinne einer komplementären, grundsätzlich auch für Andere offenen regionalen Partnerschaft zu befördern. Der *WissenschaftsCampus* ist eine gemeinsame Initiative von Hochschule, Leibniz-Einrichtung, weiteren Partnern sowie dem Land und mittelbar dem Bund. Dabei steht die thematische Fokussierung im Zentrum der Partnerschaft, wobei die vorhandenen Strukturen der Hochschulen und Leibniz-Einrichtungen vor Ort sowie universitäre Themenvielfalt und die strategische Themenkompetenz einer Leibniz-Einrichtung die Grundlage bilden. Die Idee des *WissenschaftsCampus* beinhaltet, dass die Campus-Leitung direkt an das Rektorat der Hochschule bzw. an das Direktorium der Leibniz-Einrichtung angegliedert ist. Dadurch wird der wissenschaftlichen Arbeit ein größtmöglicher Freiraum geboten. Denkbar ist, dass mit dem Leibniz-Modell eines *WissenschaftsCampus* der spätere Aufbau eines Exzellenzclusters, einer Graduiertenschule (GRK) oder gar einer Exzellenzuniversität verbunden ist. Der Campus gilt demzufolge als ein Kern oder Vorläufer, der sich durch Flexibilität und Abbau forschungshemmender Hierarchien auszeichnet. Er kann in die oben genannten erprobten Kooperationsformen münden und wird nach Erfüllung seiner thematischen Aufgabe aufgelöst. Dieser Zeitpunkt wird im Rahmen externer Evaluierungen bestimmt.

Schließlich wurde in 2007 die Frage nach der institutionellen Zukunft von BESSY geklärt: Die Leibniz-Einrichtung wechselt zum 01.01.2009 in die Helmholtz-Gemeinschaft und wird mit dem Hahn-Meitner-Institut ein neues HGF-Zentrum in Berlin bilden. Dieser Wechsel ermöglicht den Finanzierungsbeginn im Rahmen der Bund-Länder-Förderung für die vier Einrichtungen, deren Aufnahme die BLK bereits beschlossen hatte, ohne jedoch den Finanzierungsbeginn festzulegen. Es handelt sich dabei um:

- das Deutsche Rheuma-Forschungszentrum Berlin (DRFZ)
- das Zentrum für Marine Tropenökologie, Bremen (ZMT),
- die Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Frankfurt/M. (HSFK) sowie
- das Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF).

Die Frage, ob und wann das Berliner Museum für Naturkunde (MfN) in die gemeinsame Bund-Länder-Förderung aufgenommen wird, ist noch ungeklärt. Bundesforschungsministerin Dr. Annette Schavan hat sich in dieser Frage eindeutig positioniert und sich für die möglichst rasche Aufnahme des MfN in die gemeinsame Bund-Länder-Förderung und die Aufnahme in die Leibniz-Gemeinschaft ausgesprochen.

5. Leibniz-Institute im Wettbewerb

5.1. Wettbewerbsverfahren im Rahmen des Paktes für Forschung und Innovation

Der vom BMBF initiierte „Pakt für Forschung und Innovation“ sieht für die außeruniversitären Forschungseinrichtungen sowie die DFG einen jährlichen Finanzzuwachs von 3 % im Rahmen der institutionellen Förderung vor, der innerhalb der außeruniversitären Organisationen die wettbewerbliche Mittelvergabe unterstützen soll. Im Gegenzug verpflichten sich die Organisationen zur Umsetzung der sog. Pakt-Kriterien:

- Benchmarking und Qualitätssicherung
- Strategische Planung und Vorschau
- Vernetzung und Exzellenzcluster, nationale und internationale Kooperationen
- Nachwuchsförderung
- Teilhabe von qualifizierten Wissenschaftlerinnen in Leitungspositionen
- Verwertung von Forschungsergebnissen und Mitarbeiterausgründungen

Der „Pakt für Forschung und Innovation“ ist auf dieser Grundlage von den Regierungschefs von Bund und Ländern Ende Juni 2005 verabschiedet worden. Hinsichtlich der Leibniz-Gemeinschaft sieht der Pakt vor, dass ein wettbewerbliches Vergabeverfahren einzurichten ist, um 1/3 des jährlichen Pakt-Aufwuchses (ca. 7 Mio. Euro) im Wettbewerb zwischen den einzelnen Einrichtungen und Sektionen zu vergeben (SAW-Verfahren). Die übrigen Paktgelder in Höhe von 2 % des jährlichen Aufwuchses sollen dagegen im Rahmen der Wirtschaftsplan- bzw. Programmbudgetverhandlungen zwischen den Einrichtungen und den Sitzländern vergeben werden, dies jedoch unter Zugrundelegung der Pakt-Kriterien.

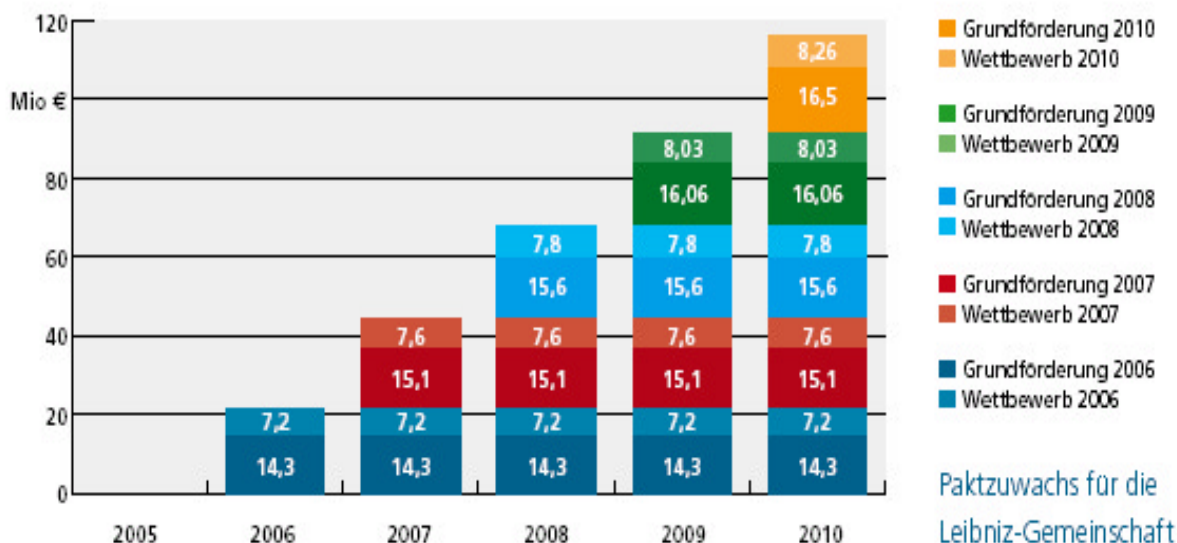


Abb.: Berechneter Paktzuwachs für die Leibniz-Gemeinschaft (in Mio. Euro; Quelle: FVB)

In Absprache mit den Zuwendungsgebern setzte der Leibniz-Senat am 15.06.2005 den Senatsausschuss Wettbewerb (SAW) ein, der die im Rahmen des SAW-Verfahrens gestellten Anträge aus den Leibniz-Einrichtungen bewertet und dem Leibniz-Senat die entsprechenden Empfehlungen vorlegt, der diese dann an die BLK weiterleitet.

Der SAW besteht aus folgenden Personen (Stand: November 2007):

Mit Stimmrecht:

- (1) zwei Senatoren und zwei Vertreter (vom Senat auf Vorschlag des Präsidiums benannt):
 1. Prof. Dr. Wernhard Möschel, Universität Tübingen, Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Handels- und Wirtschaftsrecht
Vertreter: Prof. Dr. Gerold Wefer, Universität Bremen, MARUM - DFG-Forschungszentrum Ozeanränder
 2. Prof. Dr. Knut Urban, Forschungszentrum Jülich, Institut für Festkörperforschung
Vertreter: Prof. Dr. Rudolf Schieffer, Präsident der Monumenta Germaniae Historica und LMU München, Lehrstuhl für mittelalterliche Geschichte
- (2) sechs externe Wissenschaftler und sechs Vertreter (vom Senat auf Vorschlag der Sektionen bzw. des IVS benannt):

Sektion A: Prof. Dr. Wolfgang Schneider, Universität Würzburg, Lehrstuhl für Psychologie
Vertreter: Prof. Dr. Norbert Richard Wolf, Universität Würzburg, Lehrstuhl für Deutsche Sprachwissenschaft

Sektion B: Prof. Dr. Regina T. Riphahn, Universität Erlangen, Lehrstuhl für Statistik und empirische Wirtschaftsforschung

Vertreter: Prof. Dr. Rainer Danielzyk, Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung NRW, Dortmund/Aachen

Sektion C: Prof. Dr. Jörg Hacker, Universität Würzburg, Institut für Molekulare Infektionsbiologie; DFG-Vizepräsident

Vertreter: Prof. Dr. Klaus-Peter Hoffmann, Ruhr-Universität Bochum, Lehrstuhl für Allgemeine Zoologie und Neurobiologie

Sektion D: Prof. Dr. Alfred Forchel, Universität Würzburg, Lehrstuhl für Technische Physik

Vertreter: N.N.

Sektion E: Prof. Dr. Gerhard Jentzsch, Universität Jena, Institut für Geowissenschaften

Vertreter: Prof. Dr. Detlev Möller, BTU Cottbus, Lehrstuhl für Luftchemie und Luftreinhaltung

IVS: Prof. Dr. Wolfgang Nejdil, Universität Hannover, Institut für Informationssysteme

Vertreter: Prof. Dr. Rainer Kuhlen, Universität Konstanz, Lehrstuhl Informationswissenschaft

- (3) die fünf Sektionssprecher (bzw. deren Stellvertreter) sowie die Sprecherin des IVS der Leibniz-Gemeinschaft:

Sektion A: Prof. Dr. Dr. Friedrich Hesse, Institut für Wissensmedien, Tübingen

Sektion B: Prof. Dr. Robert Kappel, GIGA German Institute of Global and Area Studies – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien, Hamburg

Sektion C: Prof. Dr. Walter Rosenthal, Leibniz-Institut für Molekulare Pharmakologie, Berlin

Sektion D: Prof. Dr. Günther Tränkle, Ferdinand-Braun-Institut für Höchstfrequenztechnik, Berlin

Sektion E: Prof. Dr. Jost Heintzenberg, Leibniz-Institut für Troposphärenforschung, Leipzig

IVS: Sabine Brünger-Weilandt, Fachinformationszentrum Karlsruhe

- (4) ein Vertreter der European Science Foundation:

Dr. John Marks, Chief Executive Officer, European Science Foundation

Ohne Stimmrecht:

- (5) die drei Vizepräsidenten sowie der Generalsekretär der Leibniz-Gemeinschaft und der Leiter des Referats Evaluierung:

Prof. Dr. Eckhard George, Wiss. Vizepräsident, Institut für Gemüse- und Zierpflanzenbau Großbeeren & Erfurt

Prof. Dr. Dr. Dr. h. c. Bernhard Müller, Wiss. Vizepräsident, Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung, Dresden

Dr. Falk Fabich, Adm. Vizepräsident, Geschäftsführer des Forschungsverbundes Berlin e. V.

PD Dr. Michael Klein, Generalsekretär der Leibniz-Gemeinschaft

Dr. Carsten Klein, Leiter Referat Evaluierung

(6) je ein Vertreter der Geschäftsstellen von BLK, Wissenschaftsrat und DFG:

MinDirig Jürgen Schlegel, Generalsekretär der BLK

Dr. Wolfgang Rohe, Stv. Generalsekretär und Referatsleiter Forschung des Wissenschaftsrates

Dr. Beate Konze-Thomas, Abteilungsleiterin Programm-/Infrastrukturförderung der DFG

Auswahlverfahren 2008:

Am 13. und 14. Februar 2007 trat der SAW in Bonn zusammen, um über die Anträge im Pakt-Verfahren 2008 zu beraten. Dem SAW lagen insgesamt 61 Anträge aus den Leibniz-Einrichtungen mit einem Gesamtvolumen von 44 Mio. Euro vor, von denen 10 aus der Sektion A, 13 aus der Sektion B, 16 aus der Sektion C, 15 aus der Sektion D und sieben aus der Sektion E stammten. Hinsichtlich der Pakt-Kriterien bezogen sich:

- 10 Anträge auf die Förderlinie Qualitätssicherung/Evaluierung,
- 18 auf risikoreiche Forschung,
- 24 auf Vernetzung,
- fünf auf die Förderung wissenschaftlichen Nachwuchses,
- zwei auf Frauen in wissenschaftlichen Leitungspositionen sowie
- zwei auf die Verwertung von Forschungsergebnissen und Mitarbeiterausgründungen.

Von diesen 61 Anträgen wurden 36 mit einem Finanzvolumen für die Gesamtlaufzeit von 25,6 Mio. Euro vom SAW als förderungswürdig bewertet und zur Förderung empfohlen. Davon stammten aus Sektion A fünf Anträge (14 % der genehmigten Anträge), neun Anträge aus Sektion B (25 %), sieben Anträge aus Sektion C (19 %), neun Anträge aus der Sektion D (15 %) und sechs Anträge aus Sektion E (20 %).

Der Senat der Leibniz-Gemeinschaft und der Ausschuss „Forschungsförderung“ der BLK haben die Förderempfehlung des SAW zustimmend zur Kenntnis genommen und der Bund-Länder-Kommission im Rahmen des Beschlusses über die Finanzierung der Leibniz-Einrichtungen im Haushaltsjahr 2008 die Zustimmung empfohlen; diese hat ihre Zustimmung am 9. Juli 2007 erteilt.

Auswahlverfahren 2009:

Am 19. April 2007 trat der SAW erneut zusammen, um das Pakt-Verfahren 2008 zu diskutieren und auf der Grundlage der Vorarbeiten der AG Pakt/SAW Ablauf und Struktur des Pakt-Verfahrens 2009 festzulegen. Antragsmodalitäten, Förderlinien sowie Begutachtung und Entscheidungsfindung des SAW wurden überarbeitet und der Zeitplan für das Verfahren 2009 bestimmt. Abgabefrist für die Anträge im Pakt-Verfahren 2009 war der 30. September 2007.

Dem SAW liegen insgesamt 70 Anträge aus den Leibniz-Einrichtungen im Gesamtvolumen von 49,9 Mio. Euro vor, von denen 11 aus Sektion A (6,8 Mio. Euro), 15 aus Sektion B (9,0 Mio. Euro), 17 aus Sektion C (11,7 Mio. Euro), 18 aus Sektion D (16,0 Mio. Euro) und 9 aus Sektion E (6,4 Mio. Euro) stammen.

Hinsichtlich der Förderlinien und Pakt-Kriterien beziehen sich

- 5 Anträge auf Qualitätssicherung/Evaluierung,
- 18 auf risikoreiche Forschung,
- 23 auf Vernetzung,
- 11 auf die Förderung wissenschaftlichen Nachwuchses,
- 12 auf Frauen in wissenschaftlichen Leitungspositionen sowie
- 1 auf die Verwertung von Forschungsergebnissen/Mitarbeiterausgründungen.

Die SAW-Auswahlsitzung findet am 13./14. Februar 2008 in Bonn statt. Der Senat beschließt über die Empfehlungen und leitet diese dann der BLK zu.

Bericht zur Umsetzung des Paktes

Zum 30. Juni 2007 hat die Geschäftsstelle der Leibniz-Gemeinschaft der BLK einen Bericht über die Umsetzung des „Pakts für Forschung und Innovation“ vorgelegt. Der Bericht stellt die Gesamtaktivitäten der Leibniz-Gemeinschaft bezogen auf die Pakt-Kriterien dar, bezieht sich also nicht allein auf die durch den Pakt eingeworbenen Aufwuchsmittel. Anhand der Berichte der Wissenschaftsorganisationen erstellt eine Arbeitsgruppe des Ausschusses „Forschungsförderung“ einen Monitoring-Bericht zum Pakt. In einem Forschungspolitischen Gespräch am 19.11.2007 wird dieser Gesamtbericht von Bund und Ländern mit den Präsidenten bzw. Vorsitzenden und Generalsekretären der am Pakt beteiligten Organisationen diskutiert.

Ansprechpartner: Dr. Robert Steegers, Geschäftsstelle

SAW-Verfahren 2008, Auswertung

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
	Gesamt	%-Anteil an 2	Zuwendung 2007	%-Anteil an 4	gestellte Anträge	%-Anteil an 6	beantragtes Finanzvolumen	%-Anteil an 8	empfohlene Anträge	%-Anteil an 10	empfohlenes Finanzvolumen	%-Anteil an 12
Institute	83	100 %	772,8 Mio. ¹ €	100 %	61	100 %	44,08 Mio. €	100 %	36	100 %	25,61 Mio. €	100 %
Sektion A	14	17 %	72,5 Mio. €	9 %	10	16 %	8,15 Mio. €	19 %	5	14 %	3,59 Mio. €	14 %
Sektion B	16	19 %	112,0 Mio. €	15 %	13	21 %	7,68 Mio. €	17 %	9	25 %	5,36 Mio. €	21 %
Sektion C	21	25 %	234,8 Mio. €	30 %	16	26 %	10,31 Mio. €	24 %	7	19 %	4,75 Mio. €	19 %
Sektion D	23	28 %	263,3 Mio. €	34 %	15	25 %	11,62 Mio. €	26 %	9	25 %	6,70 Mio. €	26 %
Sektion E	9	11 %	90,2 Mio. €	12 %	7	12 %	6,32 Mio. €	14 %	6	17 %	5,21 Mio. €	20 %

Service	19	23 %	145,8 Mio. €	19 %	8	13 %	3,97 Mio. €	9 %	4	11 %	1,58 Mio. €	6 %
Forschung	64	77 %	627,0 Mio. €	81 %	53	87 %	40,11 Mio. €	91 %	32	89 %	24,03 Mio. €	94 %

Wirt- schaftsf. ²	6	7 %	45,1 Mio. €	6 %	5	8 %	3,51 Mio. €	8 %	5	14 %	3,17 Mio. €	12 %
Raumwiss.	4	5 %	12,6 Mio. €	2 %	3	5 %	1,75 Mio. €	4 %	2	6 %	1,06 Mio. €	4 %
Museen	7	8 %	43,6 Mio. €	6 %	7	11 %	6,40 Mio. €	15 %	2	6 %	1,95 Mio. €	8 %
Bib/FIZ	5	6 %	52,8 Mio. €	7 %	1	2 %	0,07 Mio. €	0 %	0	0 %	0,00 Mio. €	0 %

Förderlinie 1- Qualitätssicherung / Evaluierung					10	17 %	5,93 Mio. €	14 %	7	20 %	4,09 Mio. €	16 %
Förderlinie 2 - Risikoreiche Vorhaben					18	30 %	11,50 Mio. €	26 %	12	33 %	8,41 Mio. €	33 %
Förderlinie 3 - Vernetzung					24	39 %	20,44 Mio. €	46 %	12	33 %	10,13 Mio. €	40 %
Förderlinie 4 - Nachwuchs					5	8 %	3,54 Mio. €	8 %	3	8 %	2,02 Mio. €	8 %
Förderlinie 5 - Frauen in wiss. Leitungspositionen					2	3 %	0,95 Mio. €	2 %	1	3 %	0,53 Mio. €	2 %
Förderlinie 6 - Verwertung von Forschungsergebnissen und Förderung von Ausgründungen					2	3 %	1,72 Mio. €	4 %	1	3 %	0,43 Mio. €	1 %

Wirtschaftsforschungsinstitute: DIW, ifo, IfW, IWH, RWI, ZEW / Raumwissenschaften: ARL, IfL, IÖR, IRS

Museen: DBM, DM, DSM, FIS, GNM, RGZM, ZFMK / Bib/FIZ: FCH, FIZKA, TIB, ZBMED, ZBW

¹ ohne Abwicklungsfinanzierung HWWA

² ohne ZBW Kiel

5.2. Exzellenzinitiative zur Förderung der Hochschulen

Mit der Förderung der universitären Spitzenforschung im Rahmen der Exzellenzinitiative sollen Leuchttürme der Wissenschaft in Deutschland entstehen, die auch international ausstrahlen. Für die Hochschulen stehen im Rahmen der Exzellenzinitiative bis 2011 insgesamt 1,9 Mrd. Euro zur Verfügung; 75 % davon trägt der Bund.

Bei der Exzellenzinitiative geht es um drei projektorientierte Förderlinien:

- Graduiertenschulen für den wissenschaftlichen Nachwuchs bieten strukturierte Promotionsprogramme innerhalb eines exzellenten Forschungsumfeldes und eines breiten Wissenschaftsgebietes an. Etwa 40 Graduiertenschulen erhalten jeweils durchschnittlich eine Mio. Euro pro Jahr, insgesamt stehen für diesen Bereich jährlich 40 Mio. Euro zur Verfügung.
- Mit Exzellenzclustern sollen an den Universitäten international sichtbare und konkurrenzfähige Forschungs- und Ausbildungseinrichtungen etabliert werden, die mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen, Fachhochschulen und der Wirtschaft kooperieren. Für jedes dieser etwa 30 geförderten Cluster stehen pro Jahr durchschnittlich 6,5 Mio. Euro zur Verfügung, in der Summe damit insgesamt 195 Mio. Euro pro Jahr.
- Mit der Förderung von „Zukunftskonzepten zum Ausbau universitärer Spitzenforschung“ soll das Forschungsprofil von bis zu zehn ausgewählten Universitäten weiter gestärkt werden. Voraussetzung ist, dass eine Hochschule mindestens ein Exzellenzcluster, eine Graduiertenschule sowie eine schlüssige Gesamtstrategie zu einem weltweit anerkannten „Leuchtturm der Wissenschaft“ vorweisen kann. Für diesen Bereich sind insgesamt 210 Mio. Euro pro Jahr eingeplant. Der Umfang jedes Fördervorhabens soll bei durchschnittlich 21 Mio. Euro liegen.

Folgende Leibniz-Einrichtungen waren an diesen Anträgen in der Endauswahl der zweiten Runde beteiligt:

Graduiertenschulen (7):

- 1.) „Human Development in Landscapes“ („Entwicklung menschlicher Gesellschaften in Landschaften“): CAU Kiel mit dem Leibniz-Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften
- 2.) „Jena School for Microbial Communication (JSMC)“: Friedrich-Schiller-Universität Jena mit dem Leibniz-Institut für Naturstoff-Forschung und Infektionsbiologie - Hans-Knöll-Institut (Koordinator HKI-Direktor)
- 3.) „Leipzig School of Natural Sciences - Building with Molecules and Nano-objects“: Universität Leipzig mit dem Leibniz-Institut für Oberflächenmodifizierung e. V.
- 4.) „Graduiertenschule für empirische Sozial- und Wirtschaftsforschung“: Universität zu Köln mit dem Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung der Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen (GESIS-ZA)
- 5.) „Goettingen Graduate School for Neuro- and Molecular Biosciences“: Georg-August-Universität Göttingen mit dem Deutschen Primatenzentrum

- 6.) „Berlin Graduate School of Social Sciences“: (Humboldt-Universität zu Berlin mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung)
- 7.) „Berlin-Brandenburg School for Regenerative Therapies“: (Humboldt-Universität zu Berlin mit dem Deutschen Rheumaforschungszentrum Berlin)

Exzellenzcluster (9):

- 1.) „Understanding Decision-Making: Individual, Organizational and Societal Perspectives“: Universität Mannheim mit dem Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH
- 2.) „Security and Risk“: Humboldt-Universität zu Berlin mit dem Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung und dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung
- 3.) „Felix Klein Center for the Mathematical Science and their Applications“: Universität Leipzig mit dem Leibniz-Institut für Oberflächenmodifizierung e. V.
- 4.) „Human-Centric Communication Cluster“: Technische Universität Berlin mit dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, dem Institut für innovative Mikroelektronik und dem Ferdinand-Braun-Institut für Höchstfrequenztechnik
- 5.) „Inflammation at Interfaces“: Christian-Albrechts-Universität zu Kiel mit Universität zu Lübeck und dem Forschungszentrum Borstel
- 6.) „Interdisciplinary Center for Integrative Neuroscience“: Eberhard Karls Universität Tübingen mit dem Institut für Wissensmedien
- 7.) „Successful learning in modern knowledge societies: Individual and institutional prerequisites“: Freie Universität Berlin mit dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung
- 8.) „Neurocure: Towards a better outcome of neurological disorders“: Humboldt-Universität zu Berlin mit dem Leibniz-Institut für Molekulare Pharmakologie
- 9.) „The Ocean in the Earth System“: Universität Bremen mit dem Zentrum für Marine Tropenökologie

Somit befanden sich 16 Leibniz-Einrichtungen (darunter zwei assoziierte Leibniz-Mitglieder) in 16 Anträgen im Wettbewerb im Rahmen der Exzellenzinitiative.

Am 19.10.2007 hat der Bewilligungsausschuss für die Exzellenzinitiative die Finanzierung von 21 Graduiertenschulen, 20 Exzellenzclustern und drei Zukunftskonzepten beschlossen. Für die Förderung der an insgesamt 28 Hochschulen angesiedelten Initiativen sind in dieser zweiten Runde pro Jahr rund eine Mrd. Euro bewilligt worden.

Acht Leibniz-Einrichtungen sowie zwei assoziierte Mitglieder der Leibniz-Gemeinschaft sind an vier geförderten Exzellenzclustern und sechs Graduiertenschulen beteiligt.

Die erfolgreichen Anträge mit Leibniz-Beteiligung im Einzelnen:

Graduiertenschulen (6):

- Human Development in Landscapes" („Entwicklung menschlicher Gesellschaften in Landschaften“): CAU Kiel mit dem Leibniz-Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften

- „Jena School for Microbial Communication (JSMC)“: Friedrich-Schiller-Universität Jena mit dem Leibniz-Institut für Naturstoff-Forschung und Infektionsbiologie - Hans-Knöll-Institut (Koordinator HKI-Direktor)
- „Leipzig School of Natural Sciences - Building with Molecules and Nano-objects“: Universität Leipzig mit dem Leibniz-Institut für Oberflächenmodifizierung e. V.
- „Goettingen Graduate School for Neuro- and Molecular Biosciences“: Georg-August-Universität Göttingen mit dem Deutschen Primatenzentrum
- „Berlin Graduate School of Social Sciences“: (Humboldt-Universität zu Berlin mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung)
- „Berlin-Brandenburg School for Regenerative Therapies“: (Humboldt-Universität zu Berlin mit dem Deutschen Rheumaforschungszentrum Berlin)

Exzellenzcluster (4):

- „Inflammation at Interfaces“: Christian-Albrechts-Universität zu Kiel mit Universität zu Lübeck und dem Forschungszentrum Borstel
- „Interdisciplinary Center for Integrative Neuroscience“: Eberhard Karls Universität Tübingen mit dem Institut für Wissensmedien
- „Neurocure: Towards a better outcome of neurological disorders“: Humboldt-Universität zu Berlin mit dem Leibniz-Institut für Molekulare Pharmakologie
- „The Ocean in the Earth System“: Universität Bremen mit dem Zentrum für Marine Tropenökologie

5.3. DFG-Drittmittelinwerbung der Leibniz-Einrichtungen

Im Jahr 2006 betrug die institutionelle Gesamtzuwendung an die Einrichtungen der Leibniz-Gemeinschaft 803,3 Mio. Euro. Die eingeworbenen Drittmittel betragen nach Angaben der Leibniz-Einrichtungen 216,7 Mio. Euro (2005: 225,7 Mio. Euro). Nach dem Bund als Projektförderer (71,47 Mio. Euro; 2005: 64,71 Mio. Euro) waren die Industrie (46,09 Mio. Euro, 2005: 49,25 Mio. Euro), die DFG (41,13 Mio. Euro; 2005: 43,75 Mio. Euro) und die EU (34,19 Mio. Euro, 2005: 37,46 Mio. Euro) weiterhin wichtige Drittmittelgeber.

in Mio. Euro	Sektion A	Sektion B	Sektion C	Sektion D	Sektion E	Gesamt
DFG	1,81	3,45	12,31	14,67	8,89	41,13
EU	0,95	7,50	9,78	9,72	6,24	34,19
Industrie	7,90	5,04	7,48	23,39	2,28	46,09
Bund	12,76	12,07	13,50	20,69	12,45	71,47
Länder	1,17	1,29	2,60	4,68	2,13	11,87
Stiftungen	1,56	2,88	4,19	1,16	2,16	11,95
Gesamt	26,15	32,23	49,86	74,31	34,15	216,70

Quelle: Datenabfrage 2007 der Leibniz-Geschäftsstelle (in Mio. €)

5.4. Einnahmen aus Lizenzen, Patenten und Dienst- und Serviceleistungen

Zusätzlich zu den eingeworbenen Drittmitteln erwirtschafteten die Institute weitere Einnahmen aus Lizenzen und Patenten sowie aus Dienst- und Serviceleistungen.

in Mio. Euro	Sektion A	Sektion B	Sektion C	Sektion D	Sektion E	Gesamt
Lizenzen/ Patente	0,33	0,01	1,54	1,99	2,48	6,35
Service/ Dienstleistungen	1,65	0,95	7,31	35,87	3,27	49,05
Sonstige Ein- nahmen	4,85	4,22	9,97	6,31	1,60	26,95
Gesamt	6,83	5,18	18,82	44,17	7,35	82,35

Quelle: Datenabfrage 2007 der Leibniz-Geschäftsstelle (in Mio. €)

6. Nachwuchsförderung, Preise und Geschlechtergerechtigkeit

6.1. Leibniz-DAAD-Stipendium

Das Leibniz-DAAD-Stipendienprogramm wurde 2007 wegen des sehr hohen verwaltungstechnischen Aufwandes und der zu geringen Nachfrage seitens der Institute nicht mehr weitergeführt. In Zusammenarbeit mit dem DAAD wurde im Rahmen einer Umfrage unter den Leibniz-Einrichtungen aber das weiterhin bestehende Interesse an einem geeigneten Stipendienprogramm ermittelt. Im Oktober 2007 hat der DAAD ein Konzept erarbeitet, welches interessierten Leibniz-Einrichtungen als Angebot vorgelegt worden ist. Im Falle einer Einigung der interessierten Leibniz-Einrichtungen mit dem DAAD kann für 2008 ein neues Stipendienprogramm aufgelegt werden. Die verwaltungsrechtliche Abwicklung der Stipendien läge dann allerdings ganz beim DAAD.

Ansprechpartner: Dr. Hans-Georg Weinig, Geschäftsstelle

6.2. Nachwuchspreis

Die Leibniz-Gemeinschaft vergibt in 2007 zum ersten Mal zwei Preise für herausragende Promotionen an Leibniz-Einrichtungen: einen Preis für die Bereiche „Geistes- und Sozialwissenschaften“ sowie einen für die „Technik- und Naturwissenschaften“. Die Sektionen haben hierfür insgesamt acht Kandidaten nominiert. Die Verleihung und öffentliche Bekanntmachung erfolgten im Rahmen des Festaktes der Jahrestagung der Leibniz-Gemeinschaft am 22.11.2007.

Die Auswahl der Preisträger erfolgt durch eine Jury unter Vorsitz des langjährigen Leibniz-Senators Prof. Joachim Treusch. Diese Jury entscheidet auch über die Vergabe des vom Stifterverband finanzierten Wissenschaftspreises „Gesellschaft

braucht Wissenschaft“ sowie über die Vergabe des neu geschaffenen Hans-Olaf-Henkel-Preises - Preis für Wissenschaftspolitik.

Bisherige Preisträger des Nachwuchspreises waren:

- 2006: Dr. Andrea Walther, Leibniz-Institut für Naturstoff-Forschung und Infektionsbiologie - Hans-Knöll-Institut, Jena (Sektion C): *„Molekulare Analysen des Aktionozytoskeletts des polaren Wachstums in Ashbya grossypii und Candida albicans“*
- 2005: Dr. Anneke Funk, Heinrich-Pette-Institut für experimentelle Immunologie und Virologie, Hamburg (Sektion C): *„Identifizierung und funktionelle Modulation essenzieller zellulärer Komponenten für die Propagation von Hepatitis-B-Viren“*
- 2004: Dr. Robert Arlinghaus, Leibniz-Institut für Gewässerökologie und Binnenfischerei, Berlin (Sektion E): *„A human dimensions approach towards sustainable recreational fisheries management“*
- 2003: Dr. Michael Fertig, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen (Sektion B): *„Germany as an Immigration Country – Empirical Evidence“*
- 2002: Dr. Dietmar Süß, Institut für Zeitgeschichte, München und Berlin (Sektion A): *„Kumpel und Genossen. Arbeiterschaft, Betrieb und Sozialdemokratie in der bayerischen Montanindustrie 1945 – 1976“*
- 2001: Dr. Richard Kopold, Max-Born-Institut für Nichtlineare Optik und Kurzzeitspektroskopie, Berlin (Sektion D): *„Atomare Ionisationsdynamik in starken Laserfeldern“*
- 2000: Dr. Dr. Holger Boche, Heinrich-Hertz-Institut für Nachrichtentechnik, Berlin (Sektion D): *„Untersuchungen zur Approximation im Komplexen“*
- 1999: Dr. Andreas Gröhn, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel (Sektion B): *„Netzwerkeffekte und Wettbewerbspolitik: eine ökonomische Analyse des Software-Marktes“*
- 1998: Dr. Thorsten Wieprecht, Forschungsinstitut für die Molekulare Pharmakologie, Berlin (Sektion C): *„Der Einfluss struktureller Parameter auf die Membranaktivität antibakterieller Magainin-analoger Peptide“*
- 1997: Dr. Anett Vahle, Forschungszentrum Rossendorf (Sektion D): *„Hochtemperaturgaschromatographie mit Spurenmengen der Homologen des Elements 106 im O₂-H₂O(g)/SiO₂(s)-System“*

Ansprechpartner: Sven Olaf Weichert, Geschäftsstelle

6.3. Kooperation mit der German Scholars Organization und GAIN

Seit Anfang 2004 kooperiert die Leibniz-Gemeinschaft mit der German Scholars Organization (GSO), einer gemeinnützigen Organisation für deutsche Nachwuchswissenschaftler aller Fachrichtungen, die außerhalb Deutschlands tätig sind. Ziel der GSO ist es, eine Plattform für Kontakte zwischen den Nachwuchswissenschaftlern anzubieten, Informationen über wichtige Entwicklungen in Deutschland weiterzugeben, interessierten Firmen und Forschungseinrichtungen, die entsprechende

Stellen anzubieten haben, gezielten Zugang zu Nachwuchswissenschaftlern zu ermöglichen und umgekehrt den Nachwuchswissenschaftlern Zugang zu diesen Institutionen zu eröffnen.

Im September 2007 fand in San Francisco (USA) die GAIN-Jahrestagung der deutschen Wissenschaftsorganisationen AvH, DAAD und der DFG statt. GAIN (German Academic International Network) ist ein im Jahre 2003 gegründetes Netzwerk mit dem Aufgabenschwerpunkt der Verbesserung der transatlantischen Kooperationen sowie der Eröffnung attraktiver Rückkehrmöglichkeiten für deutsche Nachwuchswissenschaftler in Nordamerika. Die bevorzugte Zielregion deutscher Nachwuchswissenschaftler (Doktoranden und Postdocs) stellen mit großem Abstand die USA dar. Zurzeit sind über 5.000 promovierte deutsche Wissenschaftler vorübergehend oder dauerhaft in US-amerikanischen Instituten und Forschungseinrichtungen beschäftigt. Die Jahrestagung dient als Informationsangebot zur aktuellen Entwicklung im Bereich der Hochschul- und außeruniversitären Forschung in Deutschland und bietet den Nachwuchswissenschaftlern die Möglichkeit, sich über aktuelle Trends der Wissenschaftspolitik sowie Programme der Förderorganisationen, Ausschreibungen und Konferenzankündigungen zu informieren. Im Rahmen der diesjährigen GAIN-Jahrestagung hatte Prof. Rosenthal die Gelegenheit, die Leibniz-Gemeinschaft als eine der außeruniversitären Forschungseinrichtungen vorzustellen. Auf der parallel zur Tagung stattfindenden „Career Fair“ konnte Frau Dr. Binder in zahlreichen Gesprächen interessierte junge Wissenschaftler ausführlich über die Leibniz-Gemeinschaft und ihre Mitgliedseinrichtungen informieren. Darüber hinaus wurden dem interessierten Publikum mehr als 30 aktuelle Stellenanzeigen aus den Leibniz-Einrichtungen zugänglich gemacht.

Ansprechpartner: Dr. Hans-Georg Weinig, Geschäftsstelle

6.4. Hans-Olaf-Henkel-Preis – Preis für Wissenschaftspolitik

Im Jahr 2007 vergibt die Leibniz-Gemeinschaft erstmals – und dann alle zwei Jahre im Wechsel mit dem Wissenschaftspreis des Stifterverbandes – einen Preis für Wissenschaftspolitik. Dieser Preis soll Persönlichkeiten ehren, die ein herausragendes Engagement für die Wissenschaft gezeigt haben und deren Wirken zu einer verbesserten Anerkennung der Wissenschaft in der Öffentlichkeit geführt hat. In Erinnerung an die Amtszeit von Hans-Olaf Henkel, der von 2001 bis 2005 Präsident der Leibniz-Gemeinschaft war, und in Würdigung seines Engagements in anderen Wissenschaftsorganisationen soll der Preis den Namen „Hans-Olaf-Henkel-Preis – Preis für Wissenschaftspolitik“ tragen. Herr Henkel war Senator der Max-Planck-Gesellschaft (1990 bis 2005), der Helmholtz-Gemeinschaft (2001 bis 2005) und der Leibniz-Gemeinschaft (1998 bis 2001) sowie im Vorstand des Stifterverbandes tätig (1987 bis 2000). Das Preisgeld beträgt 20.000 Euro.

Vorschlagsberechtigt für den Preis sind die in der Allianz vertretenen Wissenschaftsorganisationen, die Arbeitsgemeinschaft industrieller Forschungsvereinigungen „Otto von Guericke“ e.V., die Alexander von Humboldt-Stiftung, der

Deutsche Akademische Austauschdienst, das Bundesministerium für Bildung und Forschung sowie die Wissenschaftsministerien der Länder. Das Preiskomitee unter Vorsitz von Herrn Prof. Joachim Treusch, Präsident der Jacobs University Bremen gGmbH, besteht aus namhaften Persönlichkeiten aus Wissenschaft, EU-Kommission, Wirtschaft und Medien.

Erster Preisträger ist Prof. Dr. Benno Parthier, der besonders für seine herausragenden Verdienste um die Herstellung eines gesamtdeutschen Forschungsraumes und die erfolgreiche Vereinigung unterschiedlicher Wissenschaftssysteme geehrt wird. Dazu gehören die Eingliederung der Forschungsinstitute der Akademie der Wissenschaften der DDR in das deutsche Wissenschaftssystem nach der politischen Wende ebenso wie die Reform der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina. Dass diese Vereinigung gelungen ist und Friede im System bewahrt wurde, ist vor allem seine Leistung.

Benno Parthier wurde 1975 Professor für Molekularbiologie an der Akademie der Wissenschaften der DDR. 1990 wurde er Direktor des Instituts für Biochemie der Pflanzen, des heutigen Leibniz-Instituts für Pflanzenbiochemie in Halle, und Präsident der Leopoldina. Als Mitglied der deutschdeutschen Kommission des Wissenschaftsrates fiel ihm eine schwierige Mittlerrolle zwischen den Wissenschaftlern der neuen und der alten Bundesländer, zwischen Politik und Wissenschaft, zu. Durch die Aufnahme der 34 leistungsfähigsten Akademieinstitute der DDR nach der Wende erlangte die in Gründung befindliche Leibniz-Gemeinschaft gesamtdeutsches Gewicht. Als ein stiller, aber großer Präsident der Leopoldina – einer Akademie mit immerhin 160 Nobelpreisträgern – hat Prof. Parthier gemeinsam mit der Politik eine tragfähige Konstruktion gefunden, diese traditionsreiche Akademie dauerhaft zu sichern. In allen seinen mit Zurückhaltung und Nachdruck verwalteten Ämtern hat sich Benno Parthier um die Wissenschaft und um Deutschland verdient gemacht.

Ansprechpartner: Sven Olaf Weichert, Geschäftsstelle

6.5. Geschlechtergerechtigkeit

Die Leibniz-Gemeinschaft unterstützt und fördert die Chancengleichheit von Frauen und Männern und setzt sich für Geschlechtergerechtigkeit ein. Sie folgt den „Rahmenempfehlungen zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Leibniz-Gemeinschaft“.

Der Anteil von Frauen im wissenschaftlichen Bereich ist in Einrichtungen der Leibniz-Gemeinschaft seit 1999 von 27 % auf heute knapp 34,5 % angestiegen. Dies ist im Vergleich mit anderen außeruniversitären Einrichtungen überdurchschnittlich. Dennoch bemüht sich die Leibniz-Gemeinschaft auch weiterhin aktiv, vermehrt Wissenschaftlerinnen, vor allem für Leitungspositionen, zu gewinnen. Dies insbesondere mit Blick auf die Tatsache, dass der Frauenanteil am wissenschaftlichen Personal, wie auch in anderen Forschungsorganisationen und an den Universitä-

ten, mit steigender Statuszugehörigkeit abfällt. Während knapp 7 % der wissenschaftlichen Institutsleitungen von Frauen besetzt sind, sind es 15,5 % bei den Abteilungsleitungen. Mit der Förderlinie „Chancengleichheit“ im „Pakt für Forschung und Innovation“ hat die Leibniz-Gemeinschaft daher die Möglichkeit geschaffen, nach positiver Begutachtung Forschungsgruppen unter der Leitung von Wissenschaftlerinnen einzurichten. In den letzten drei Jahren sind dazu sieben Anträge eingegangen, wovon vier bewilligt wurden.

Des Weiteren engagiert sich die Leibniz-Gemeinschaft erfolgreich für die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und hier speziell für die Förderung junger Wissenschaftlerinnen: Knapp die Hälfte (48,2 %) der Promovierenden innerhalb der Leibniz-Gemeinschaft ist weiblich; auf der Stufe der Postdoktoranden beträgt der Frauenanteil 36,5 %.

Durch vielfältige Maßnahmen, wie z. B. Angebote zur Kinderbetreuung, zur Teilzeitbeschäftigung oder Telearbeit, unterstützen Leibniz-Einrichtungen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Männer und Frauen. Darüber hinaus hat die Leibniz-Gemeinschaft als einzige Forschungsorganisation Chancengleichheit bereits als Berichts- und Bewertungspunkt in der Evaluation. Damit wird u. a. festgestellt, wie die Ausführungsvereinbarung „Gleichstellung“ (AVGlei) umgesetzt worden ist. Ferner wird analysiert, wie viele Frauen in Leitungspositionen fungieren (d. h. in Positionen mit Personalverantwortung oder fachlicher Weisungsbefugnis), und es werden Angaben zu Förderprogrammen oder Besetzung von Stellen in Teilzeit und zur Kinderbetreuung bewertet.

Für das am 05.12.2001 in Kraft getretene Bundesgleichstellungsgesetz haben Bund und Länder eine Ausführungsvereinbarung (AVGlei) formuliert, die seit dem 28.11.2003 offiziell in Kraft getreten und für die Leibniz-Einrichtungen bindend ist. In einer Umfrage der Geschäftsstelle zu Beginn des Jahres 2007 zur Umsetzung der AVGlei wurde festgestellt, dass 82 der 83 Institute der Leibniz-Gemeinschaft die geforderten Maßnahmen umgesetzt haben. Die Gleichstellungsbeauftragten der Leibniz-Einrichtungen agieren dabei auf der Grundlage von Individualvereinbarungen mit den Zuwendungsgebern ihres Sitzlandes. Auf einzelne Institute findet das jeweilige Landesgleichstellungsgesetz Anwendung. Auf dieser Basis gibt es bereits in vielen Leibniz-Einrichtungen Gleichstellungspläne, die im Rahmen der Personalplanung die Umsetzung von Chancengleichheit steuern sollen, in anderen werden sie gerade erstellt bzw. überprüft und angepasst. Deshalb hat der Arbeitskreis Chancengleichheit zur Unterstützung der Einrichtungen Tipps und Hinweise erarbeitet, die anhand von Beispielen und Anregungen das Erstellen von Gleichstellungsplänen erleichtern sollen. (http://www.wgl.de/extern/organisation/index_7.html)

Die Gleichstellungsbeauftragten der 83 Leibniz-Institute tauschen sich regelmäßig im AK Chancengleichheit aus. Dem Sprecherinnenrat des AK Chancengleichheit gehören zehn Vertreterinnen aller fünf Sektionen an. Sprecherin des Arbeitskreises ist Frau Anke Geßner vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Die Sprecherin des Arbeitskreises ist auch Mitglied des organisationsübergreifenden Netzwerks „Allianz der Gleichstellungsbeauftragten in außeruniversitären For-

schungsorganisationen“ (AGBaF). Enge Kontakte bestehen ebenfalls zu den Hochschulfrauenbeauftragten und zu den Gleichstellungsbeauftragten der Obersten Bundesbehörden und der Ressortforschungseinrichtungen.

Um die Bedeutung von Chancengleichheit für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in ihren Einrichtungen zu unterstreichen, veranstaltet die Leibniz-Gemeinschaft jährlich einen allen Interessierten offen stehenden Workshop. Dieser wird vom Arbeitskreis Chancengleichheit in Zusammenarbeit mit der Geschäftsstelle organisiert. Der diesjährige Workshop Chancengleichheit 2007 hat sich unter anderem anhand eines Fragenkatalogs mit den Arbeitsbedingungen der Gleichstellungsbeauftragten befasst. Im Ergebnis wurde eine teilweise sehr heterogene Struktur in den jeweiligen Instituten festgestellt. Aus den positiven Beispielen von Einrichtungen der Leibniz-Gemeinschaft wurden Empfehlungen zu Standards für Gleichstellungsarbeit anhand der Beispiele Guter Praxis erarbeitet, die sowohl dem Vorstand als auch dem Präsidium zur Abstimmung vorlagen. Die vom Sprecherinnenrat des AKC erarbeiteten Empfehlungen sind allen Einrichtungen durch einen Brief des Präsidenten zur Kenntnis gegeben worden. Ferner wurde der Leitfaden für Chancengleichheit überarbeitet. (http://www.wgl.de/extern/organisation/index_7.html) Vorträge zu Personalentwicklung und Chancengleichheit rundeten die Veranstaltung ab.

Ansprechpartnerin: Dr. Katja Brandt, Geschäftsstelle

7. Europäische Forschungsförderung

7.1. Brüssel-Büro

Die Aktivitäten des Brüssel-Büros konzentrierten sich im Berichtszeitraum sehr stark darauf, aktiv Kontakt zu den Leibniz-Einrichtungen herzustellen. Insgesamt haben die Mitarbeiter des Büros Kontakt zu über 50 Leibniz-Einrichtungen aufgenommen; über 20 Einrichtungen sind bislang besucht worden. Gleichzeitig konnte das Büro Mitarbeiter aus fünf Leibniz-Einrichtungen über mehrere Tage hinweg in Brüssel begrüßen und ihnen Unterstützung bei der Gestaltung und Durchführung von Besuchsprogrammen anbieten (DIPF, FCH, GIGA, IRS, WIAS). Im Berichtszeitraum haben Wissenschaftler aus mehr als 30 Einrichtungen das Büro besucht bzw. in dessen Räumlichkeiten Projekttreffen und ähnliche Veranstaltungen abgehalten.

Zur Stärkung der Antragsfähigkeit der Leibniz-Einrichtungen führte das Brüssel-Büro folgende Fortbildungsseminare im Berichtszeitraum durch:

- 23.03.2007: „Seminar für Erstantragsteller im EU-Forschungsrahmenprogramm“ in der Leibniz-Geschäftsstelle, Berlin, 25 Teilnehmer
- 05.06.2007: „Seminar für Erstantragsteller“ am HPI, Hamburg, 20 Teilnehmer
- 12.06.2007: „Seminar für Doktoranden des DIW“, Berlin, 10 Teilnehmer

Mit dem Ziel, die wissenschaftliche Exzellenz der Leibniz-Einrichtungen vor Ort noch sichtbarer zu machen, hat das Brüssel-Büro in Kooperation mit verschiedenen Einrichtungen folgende Veranstaltungen durchgeführt:

- 18.12.2006: "New Concepts in Scientific Communication: e-Knowledge Repositories and Services for Science" in Kooperation mit PoISCA "The Polish Science Contact Agency", Präsentation des FIZ Karlsruhe und des Interdisciplinary Centre for Mathematical and Computational Modelling (Universität Warschau)
- 27.-28.02.2007: Auftaktkonferenz „European Research Council“, Berlin. Unter anderem nahmen ca. 20 internationale und nationale Journalisten teil, für die das Brüssel-Büro auf Bitten der DFG und der EU-Kommission das Programm erstellt hat (u. a. Besichtigung des FBH, PIK und IZW).
- 20.03.007: „Applied Mathematics – A Key Technology for a Competitive and Innovative Europe“ unter Federführung des WIAS in Kooperation mit der Schweizer Vertretung bei der EU und dem Polnischen Forschungsbüro in Brüssel – PoISCA
- 27.04.2007: Informelles Treffen mit der EU-Kommission zum Thema Photonics unter Beteiligung des WIAS, AIP, MBI und – über die TU Berlin – auch des IHP
- 08.-10.05.2007: Konferenz „Nachbarschaft für Nachhaltigkeit: Von Lissabon nach Leipzig mit Forschung (L2L)“, Leipzig; Veranstalter der im Rahmen der deutschen Ratspräsidentschaft durchgeführten Tagung war das BMBF in Kooperation mit den vier großen außeruniversitären Forschungsorganisationen. Die Veranstaltung wurde vom Brüssel-Büro mitinitiiert und mitorganisiert. Neben EU-Forschungskommissar Potocnik nahmen weiterhin der sächsische Ministerpräsident Prof. Milbradt, BMBF-Staatssekretär Prof. Meyer-Krahmer, die Forschungsminister von Tschechien und Rumänien, der polnische Staatssekretär für Forschung und die sächsische Forschungsministerin Dr. Stange teil. Schirmherrin war Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel. Insgesamt nahmen ca. 650 Personen an der Veranstaltung teil, darunter Vertreter von ca. 20 Leibniz-Instituten. Auf Vorschlag des Brüssel-Büros und in enger Kooperation mit der Landesregierung Sachsens wurde ein Besuchsprogramm für die teilnehmenden Minister durchgeführt. Das IfL konnte sich in einer Präsentation vorstellen, das IfT wurde von den Ministern besucht.

Mit Beginn des 7. EU-Forschungsrahmenprogramms und der Gründung des Europäischen Forschungsrates hat die Forschung auf EU-Ebene stark an Bedeutung gewonnen. Bis 2010 werden seitens der EU ca. 10 Milliarden Euro für Forschung jährlich ausgeschrieben. Mit dem Ziel, die Leibniz-Gemeinschaft als wichtigen Partner bei der Gestaltung der EU-Forschungspolitik zu positionieren, bemüht sich das Brüssel-Büro um die politische Sichtbarkeit der Gemeinschaft sowie um Knüpfung strategischer Partnerschaften. In diesem Sinne trafen am 20. Dezember 2006 Prof. Rietschel und Sektionssprecher Prof. Tränkle u. a. den Vizepräsidenten der EU-Kommission und Kommissar für Unternehmen und Industrie Günter Verheugen

sowie Prof. Fotis Kafatos, Vorsitzender des Wissenschaftlichen Komitees des Europäischen Forschungsrates (ERC).

Anlässlich der zweitägigen Sitzung des Europäischen Ausschusses für Wissenschaft und Technologie (CREST – Comité de la Recherche Scientifique et Technique) und der Arbeitsgruppe Forschung informierte Prof. Rietschel rund 200 hochrangige Vertreter der EU am 8. Mai 2007 in Essen über die Leibniz-Gemeinschaft.

Das Evaluierungsverfahren der Leibniz-Gemeinschaft ist ebenfalls ein wichtiges Standbein für die Sichtbarkeit der Gemeinschaft in Brüssel. Der Europäische Rechnungshof hat sich damit befasst, das 6. RP zukünftig hinsichtlich seiner Mittelverwendung begutachten zu lassen. Es geht hierbei in erster Linie um die Evaluierung und das Monitoring der Förderinstrumente und nicht um eine Bewertung der einzelnen Projekte. Darüber hinaus sollen Vorschläge für die Zwischenevaluierung des 7. RP gemacht werden. Aufgrund der großen Bedeutung der Evaluierungen für die Leibniz-Gemeinschaft und mit Blick auf eine erhöhte Sichtbarkeit des Leibniz-Evaluierungsmodells entschied das Präsidium, sich bei den laufenden Beratungen zur Zukunft der Evaluierung auf EU-Ebene aktiv zu engagieren. Auf Vorschlag des Brüssel-Büros fand hierzu am 9. Februar 2007 ein Gespräch zwischen Vertretern der Leibniz-Gemeinschaft und der EU-Kommission in Brüssel statt. Seitens der Kommission nahmen u. a. Dr. Escritt, für die Leibniz-Gemeinschaft u. a. Prof. Müller teil. Um die wesentlichen Resultate und Schlussfolgerungen der Begutachtung des Rechnungshofes vor der Verabschiedung von unabhängigen Experten bewerten zu lassen, lud der Rechnungshof vom 14. bis 16. Februar 2007 eine Expertengruppe („*Focus Group*“) zu einem Treffen nach Luxemburg ein, an dem auf Vorschlag des Brüssel-Büros Herr Dr. C. Klein, Referatsleiter Evaluierung, teilgenommen hat.

Auf Vorschlag des Brüssel-Büros wurde im Berichtszeitraum ein Kooperationsabkommen mit dem Konsortium Deutsche Meeresforschung, KDM, vereinbart. Ziel der Vereinbarung ist es, eine gesamtdeutsche Vertretung der deutschen Meeresforschung im Leibniz-Büro zu verankern und die Meeresforschung in diesem Politikbereich als zentrales Handlungsfeld in Brüssel zu positionieren. Die wichtigste Aufgabe im Berichtszeitraum umfasste die Koordinierung einer europäischen Stellungnahme „*Common Response from European Marine Research Institutions and Stakeholders in Marine Science and Technology Issues*“. Diese Stellungnahme wurde am 3. Mai 2007 in Bremen anlässlich der Konferenz „*Die künftige Meerespolitik der EU: Eine europäische Vision für Ozeane und Meere*“ von Prof. Herzig, Sprecher des KDM und Direktor des IFM-GEOMAR, präsentiert.

Im Berichtszeitraum hat ein Personalwechsel im Brüssel-Büro stattgefunden. Zum 02.01.2007 ist Frau Claudia Labisch als eigene wissenschaftliche Referentin von Sektion E und dem IÖR im Brüsseler-Büro eingestellt worden. Zu ihrem Aufgabebereich gehören die regelmäßigen Besuche der einzelnen Einrichtungen, im Rahmen derer bedarfsorientiert bilaterale Gespräche mit Wissenschaftlern zu geplanten oder laufenden EU-Projekten durchgeführt werden sollen. Ferner berät Frau Labisch die Institute und zeigt Möglichkeiten der Antragsstellung auf und gibt Hin-

weise zum Projektmanagement. Sie führt ferner kleinere Informationsveranstaltungen zu EU-Förderprogrammen und Möglichkeiten der Antragsstellung durch. Ihre Stelle wird gemeinsam von allen Einrichtungen der Sektion E sowie dem IÖR (Sektion B) als assoziiertem Mitglied zu gleichen Teilen finanziert.

Nach dem Weggang von Dr. Marko Häckel zum Institut für Niedertemperatur-Plasmaphysik in Greifswald hat Dr. Jan-Stefan Fritz zum 01.07.2007 die Leitung des Brüssel-Büros übernommen. Die frei werdende Referentenstelle wurde zum 01.10.2007 mit Frau Ass. iur. Annette Schoen besetzt.

Ein Jahr nach der Einrichtung des Brüssel-Büros und anlässlich des Wechsels in der Büroleitung wurde mit einer Abfrage aller Leibniz-Einrichtungen die Arbeit des Büros bilanziert. Den Fragebogen haben insgesamt 31 Institute beantwortet. Eine Mehrheit dieser 31 Institute hat die Arbeit des Brüssel-Büros positiv bewertet. Zwei Drittel der Rückmeldungen schätzten die Qualität und Relevanz der Informationen sowie den Nutzen des Büros bei der Interessenvertretung als "gut" bis "sehr gut" ein. Hinsichtlich der Kompetenz, Freundlichkeit und Erreichbarkeit der Mitarbeiter zeigten sich rund drei Viertel der 31 Einrichtungen zufrieden ("gut" oder "sehr gut"). Sechs Institute sprechen sich nach wie vor gegen die Einrichtung des Brüssel-Büros aus.

Ansprechpartner: Dr. Jan-Stefan Fritz, Brüssel-Büro

8. Internationales

Die Geschäftsstelle vertritt die Leibniz-Gemeinschaft in verschiedenen Gremien zu internationalen Fragen beim BMBF und den anderen Wissenschaftsorganisationen. Besonders bei den Themen Wissenschaftlich-Technische Zusammenarbeit WTZ und „Standortmarketing für den Forschungsstandort Deutschland“ ist die Geschäftsstelle in den entsprechenden Gremien beim BMBF und DAAD engagiert.

Ansprechpartner: Dr. Hans-Goerg Weinig, Geschäftsstelle

8.1. Deutsch-Französische Kooperation INRA

Im Juli und September 2007 fanden zwei Treffen des Präsidenten Prof. Rietschel mit der Präsidentin des französischen Institute National de la Recherche Agronomique INRA, Frau Dr. Guillou, in Berlin statt. Am Ende eines intensiven Erfahrungs- und Informationsaustausches mit dem Leibniz-Netzwerk AGRI RESEARCH PLUS sowie Besuchen beim IPK in Gatersleben und beim DIfE in Potsdam-Rehbrücke stand die Unterzeichnung einer gemeinsamen Absichtserklärung. Ziele der gemeinsamen Erklärung sind u. a. die Stärkung der Agrarforschung im europäischen Rahmen, die erleichterte Entwicklung geeigneter Forschungsstrategien, die gemeinsame Nutzung von Infrastrukturen sowie die Politikberatung auf nationaler und EU-Ebene.

8.2. China

Im Rahmen eines China-Aufenthaltes wurde Prof. Wiggering (ZALF) von Vertretern der Chinesischen Akademie der Wissenschaften auf die Einrichtung eines gemeinsamen Forschungszentrums angesprochen, um im Bereich der ökologischen Forschung den Datenaustausch zu forcieren und methodische Entwicklungen zum Monitoring sowie zu Modellansätzen im Zusammenhang mit systemischen Fragestellungen gemeinsam anzugehen. Von chinesischer Seite wurde dieses Ansinnen bereits auf die politische Agenda gehoben. Zusammen mit Prof. Wolfgang Haber, Weihenstephan, war Prof. Wiggering in diesem Zusammenhang zu einer Gesprächsrunde mit dem chinesischen Forschungsminister eingeladen. Dabei wurde betont, dass die Einrichtung eines solchen Forschungszentrums politisch gewollt ist und sowohl ideell als auch finanziell unterstützt wird

8.3. Weitere Aktivitäten

Auch im Berichtsjahr nahmen Vertreter der Geschäftsstelle an Rundtisch-Gesprächen zur weiteren Entwicklung der WTZ-Aktivitäten mit China, Australien/Neuseeland, Indonesien, Polen und der Ukraine im BMBF teil. Ferner warb die Geschäftsstelle Mittel des BMBF ein, um sich an der Initiative „Forschungsmarketing Südkorea“ beteiligen zu können.

9. Sektionen, IVS, Verwaltungsausschuss

9.1. Sektionen

In den Sektionssitzungen wurden neben dem fachlichen Austausch insbesondere Fragen der inhaltlichen und strukturellen Entwicklung sowie der damit verbundenen „Verbandspolitik“ diskutiert. Im Berichtszeitraum haben alle fünf Sektionen jeweils zwei Sitzungen abgehalten (Sektion A: 15. März und 12. Oktober; Sektion B: 14. Mai und 10. September; Sektion C: 5. März und 22. Oktober; Sektion D: 5. Mai und 13. September; Sektion E: 12. April und 21. September).

Auf den Sektionssitzungen wurden unter anderem folgende Themen diskutiert:

- Strategische Weiterentwicklung der Leibniz-Gemeinschaft
- „Pakt für Forschung und Innovation“, Verfahren und Umsetzung
- Föderalismusreform
- EU-Forschungsförderung und europäischer Forschungsraum
- Open Access
- Tarifrechtliche Fragen
- Evaluierung

9.2. Interdisziplinärer Verbund Serviceeinrichtungen (IVS)

Im Berichtszeitraum fand eine Sitzung des IVS am 17. April 2007 in Hannover statt. Dort diskutierte der Verbund vor allem über den Stand der Strategiediskussion, den Prof. Rietschel der Versammlung vorstellte, sowie über das SAW-Verfahren. Ein wichtiger Erfolg der Arbeit des IVS im Berichtsjahr war die Überarbeitung der Kriterien und Unterlagen für das Evaluierungsverfahren, in denen den Besonderheiten der Serviceeinrichtungen nun in höherem Maße Rechnung getragen wird.

Ansprechpartner: Sabine Brünger-Weilandt (FIZ Karlsruhe)
Dr. Robert Steegers (Geschäftsstelle)

9.3. Verwaltungsausschuss (VA)

Der Verwaltungsausschuss der Leibniz-Gemeinschaft dient dem Erfahrungsaustausch in administrativen Angelegenheiten der Mitgliedseinrichtungen sowie der Erarbeitung von Stellungnahmen und Empfehlungen an das Präsidium und die Mitgliederversammlung. Er berät den Wirtschaftsplanentwurf der Geschäftsstelle und gibt eine Empfehlung ab. Der Verwaltungsausschuss bildet spezielle Arbeitskreise, um Fragestellungen zu kaufmännischen, administrativen, rechtlichen und finanztechnischen Themen zu bearbeiten. Er entsendet einen Sprecher in das Präsidium und schlägt der Mitgliederversammlung Kandidaten für die Ämter des Administrativen Vizepräsidenten und der Rechnungsprüfer vor.

Im Berichtszeitraum haben zwei Sitzungen stattgefunden. Im Rahmen der Jahrestagung 2006 am 23. November 2006 in Berlin wurde u. a. intensiv über den Wirtschaftsplan der Geschäftsstelle diskutiert. Weiterhin wurde aus den Ausschüssen und Arbeitsgruppen berichtet. Die Frühjahrssitzung 2007 fand am 3. und 4. Mai 2007 am IFW in Dresden statt. Schwerpunkte dieser Sitzung waren die Einführung einer „bereichsorientierten Budgetplanung“ für die Geschäftsstelle, das SAW-Verfahren, die Kommunikationsstrukturen innerhalb der Leibniz-Gemeinschaft sowie das Thema „Haftung von Vorständen/Geschäftsführern“.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses wählten auf der Herbstsitzung am 28.09.2007 in Bonn einen neuen Sprecherrat, der seine Arbeit nach der Jahrestagung 2007 in Göttingen aufnehmen wird. Als Sprecher wurde Herr RegDir Ralf Koppischke (IfW, ZBW) sowie als stellvertretende Sprecher Frau Claudia Peter (IfT) und Frau Dr. Margrit Seckelmann (FÖV) gewählt. Weiterhin schlägt der VA die derzeitigen Rechnungsprüfer, Frau Andrea Runow (FZD) sowie Herrn Harald Forchner (IDS), der Mitgliederversammlung 2007 zur Wiederwahl vor.

Für eine weitere Amtszeit als Administrativer Vizepräsident wird Dr. Falk Fabich vom Verwaltungsausschuss der Mitgliederversammlung vorgeschlagen.

Weitere Themen der Herbstsitzung waren u. a. die Fördermaßnahme „Good Practice“, die Hochschulkooperationen und das Evaluierungsverfahren, insbesondere die Verwaltungsevaluierung.

Ansprechpartner: Ass. iur. Michael Lankeit (DPZ Göttingen, bis 22.11.2007),
danach RegDir Ralf Kopischke (IfW, ZBW Kiel)
RA´in Simone Taufenbach (Geschäftsstelle; bis 15.09.2007)
RA Adrian Grüter (Geschäftsstelle, ab 01.10.2007)

10. Wissenschaftliche Verbände

10.1. Raumwissenschaftliches Netzwerk

Die vier raumwissenschaftlichen Einrichtungen der Leibniz-Gemeinschaft, nämlich

- die Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL), Hannover,
- das Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung (IÖR), Dresden,
- das Leibniz-Institut für Länderkunde (IfL), Leipzig, sowie
- das Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS), Erkner,

bilden ein leistungsfähiges und einzigartiges Netzwerk raumbezogener Forschung in Deutschland mit dem Ziel, eine wirksame Steuerung und Planung räumlicher Entwicklungen zu fördern sowie Empfehlungen für eine sozial- und umweltgerechte räumliche Entwicklung auszusprechen. Die Einrichtungen untersuchen gesellschaftliche und physische Strukturen und Prozesse auf unterschiedlichen Maßstabsebenen. Ihre Arbeiten bilden die Voraussetzung für die anwendungsorientierte Erarbeitung von Konzepten und Handlungsvorschlägen sowie für Politikberatung. Die Untersuchungsräume sind vorrangig der deutsche Raum, die Europäische Union sowie der mittel-, ost- und südosteuropäische Raum. Das Ziel ist, eine wirksame Steuerung und Planung räumlicher Entwicklungen zu fördern sowie Empfehlungen für eine sozial- und umweltgerechte Entwicklung auszusprechen. Gemeinsam mit der Technischen Universität Dresden bearbeiten die vier raumwissenschaftlichen Institute seit Februar 2006 unter der Leitung des IÖR das über den „Pakt für Forschung und Innovation“ geförderte Vorhaben „Demographischer Wandel – Komplexität als Herausforderung für die Stadt- und Regionalentwicklung“. Als Teil dieses Projekts fand am 2. Februar 2007 in Berlin die internationale Konferenz „Demographic Chance“ statt, an der über 200 Gäste teilnahmen.

Ansprechpartnerin: Anja Petkow (IÖR, Erkner)

10.2. Materialforschungsverbund Dresden

Der Materialforschungsverbund Dresden (MFD) e. V. bündelt die werkstoffwissenschaftliche Kompetenz der Dresdner Forschungseinrichtungen. Neben vier Fraunhofer-Instituten, einem Max-Planck-Institut, einem Wirtschaftsunternehmen sowie zehn Instituten der TU Dresden sind drei Leibniz-Einrichtungen an dem Verbund beteiligt:

- Leibniz-Institut für Festkörper- und Werkstoffforschung (IFW), Dresden

- Leibniz-Institut für Polymerforschung (IPF), Dresden
- Forschungszentrum Dresden-Rossendorf (FZD)

Das Forschungsspektrum der Mitglieder umfasst nahezu alle Materialklassen von Metallen über Polymere bis hin zu Keramik und Verbundwerkstoffen. Gearbeitet wird unter anderem an biokompatiblen Schichten oder neuen Anwendungsmöglichkeiten der Supraleitung. Moderne Oberflächen-, Schicht- und Leichtbautechnologien kommen zum Einsatz. Dabei werden nicht nur Grundlagen erforscht, sondern Entwicklungen häufig bis zum prototypischen Bauteil vorangetrieben. Der MFD fördert die Zusammenarbeit der Institute in Verbundprojekten, bei Großinvestitionen sowie beim Transfer der Ergebnisse in die Praxis. Er unterstützt Bemühungen der Mitglieder um den wissenschaftlichen Nachwuchs und informiert die Öffentlichkeit über herausragende Vorhaben und Ergebnisse der Dresdner Materialforschung.

Der MFD organisiert u. a. jährlich eine Transferveranstaltung für die Industrie, den inzwischen schon traditionellen Dresdener Materialforschungstag, veranstaltet eine Ringvorlesung im Studium Generale der TU Dresden zum Thema Materialforschung und präsentiert Spitzenleistungen seiner Mitgliedsinstitute in einer Sonderausstellung auf regionalen und überregionalen Veranstaltungen und Messen.

Ansprechpartnerin: Dr. Kerstin Dittes, Geschäftsführung
Vorstandsvorsitzender: Prof. Dr. Jürgen Eckert (IFW Dresden)

10.3. Netzwerk Nanotechnologie

Interdisziplinäres Arbeiten ist eines der gemeinsamen Merkmale der Institute der Leibniz-Gemeinschaft. Besonders wichtig ist das für die Wissenschaftler, die sich mit Querschnittstechnologien wie der Nanotechnologie beschäftigen. Die Sektion D hat daher auf ihrer Sitzung vom 5. Mai 2006 beschlossen, eine Koordinierungsstelle Nanotechnologie ins Leben zu rufen.

Ziel des Netzwerkes ist der Informationsaustausch und die Koordination gemeinsamer Aktivitäten innerhalb der Sektion sowie die Kontaktaufnahme zu externen Einrichtungen und Unternehmen in allen Bereichen, die das Thema Nanotechnologie betreffen. Damit wird auch für Dritte ein gemeinsamer Ansprechpartner in der Leibniz-Gemeinschaft geschaffen. Durch den persönlichen Kontakt untereinander kann zügig auf Anfragen reagiert oder können gemeinsame Stellungnahmen erarbeitet werden. Unter dem gemeinsamen Logo Leibniz-nano! haben sich folgende Einrichtungen zusammengefunden:

- Fachinformationszentrum Karlsruhe (FIZ KA)
- Forschungszentrum Dresden-Rossendorf (FZD)
- Innovations for High Performance Microelectronics/Institut für innovative Mikroelektronik (IHP), Frankfurt/Oder
- Institut für Kristallzüchtung (IKZ), Berlin
- Leibniz-Institut für Neue Materialien (INM), Saarbrücken
- Institut für Niedertemperatur-Plasmaphysik INP), Greifswald

- Leibniz-Institut für Oberflächenmodifizierung (IOM), Leipzig
- Leibniz-Institut für Polymerforschung (IPF), Dresden
- Institut für integrative Nanowissenschaften am Leibniz-Institut für Festkörper- und Werkstoffforschung (IFW), Dresden
- Institute for Analytical Sciences (ISAS), Dortmund und Berlin

Die Koordinierungsstelle hat ihren Sitz am Leibniz-Institut für Neue Materialien in Saarbrücken und wird unter Leitung des wissenschaftlichen Direktors des Institutes Prof. Dr. Michael Veith betreut von Dr. Martin Schubert. Im INM ist Herr Schubert auch verantwortlich für die Geschäftsführung des Nanotechnologie-Kompetenzzentrums cc-NanoChem e. V.

In einem ersten Schritt wurden 2007 alle Institute besucht, um die Wünsche und Gemeinsamkeiten der Partner in Erfahrung zu bringen. Zur Darstellung der Aktivitäten wird die Koordinierungsstelle eine Website einrichten, die dem Wunsch nach einer Stärkung der Sichtbarkeit der Leibniz-Gemeinschaft insgesamt Rechnung tragen soll. Anstrengungen zur konzertierten Beteiligung an der diesjährigen „Internationale Fachmesse für Feinwerktechnik, Ultrapräzision, Micro- und Nanotechnologien (MiNaT)“ in Stuttgart zeigten Erfolg. Neben der Aufnahme des Leibniz-Logos auf alle Publikationen zeigte das Programm im Bereich Nanotechnologie eine deutliche Dominanz der Leibniz-Institute.

Der Verbund ist offen für alle Einrichtungen der Leibniz-Gemeinschaft, die auf den Gebieten der Nanowissenschaften und der Nanotechnologien arbeiten.

Ansprechpartner: Dr. Martin Schubert (INM)

10.4. Leibniz-Agri Research Plus Netzwerk

Das Leibniz-Agri Research Plus Netzwerk (LARP) wurde am 12. Mai 2006 in Berlin als Kompetenznetzwerk für den Bereich „Knowledge based bio-economy“ gegründet. Bislang haben sich folgende acht Leibniz-Einrichtungen zu diesem Netzwerk zusammengeschlossen:

- Leibniz-Institut für Agrartechnik Potsdam-Bornim (ATB)
- Forschungsinstitut für die Biologie landwirtschaftlicher Nutztiere (FBN), Dummerstorf
- Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Mittel- u. Osteuropa (IAMO), Halle/Saale
- Leibniz-Institut für Gewässerökologie und Binnenfischerei (IGB), Berlin
- Institut für Gemüse- und Zierpflanzenbau Großbeeren & Erfurt (IGZ)
- Leibniz Institut für Pflanzenbiochemie (IPB), Halle/Saale
- Leibniz-Institut für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung (IPK), Gatersleben
- Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung (ZALF), Müncheberg

Das Netzwerk beabsichtigt zunächst, alle wissenschaftlichen Arbeiten der beteiligten Einrichtungen zu diesem Thema zu bündeln. Mittelfristig wird dann eine Koope-

ration mit weiteren universitären und außeruniversitären Einrichtungen der deutschen Agrarforschung angestrebt.

Anlässlich der Grünen Woche wurde ein erstes Treffen mit der EU-Kommission am 19. Januar 2007 in Berlin durchgeführt, um wichtige Forschungsfragen im Bereich der „Knowledge-based bio-economy“ zu identifizieren und die evtl. damit verbundenen strategischen Ausrichtungen für die Forschung in den Bereichen Agrar-, Umwelt-, Geo- und Biowissenschaften mit Bezug zu Landschaft, Landnutzung und agrarischer Produktion zu diskutieren.

Das Netzwerk hat sich darüber hinaus bereits an den Strategiedebatten zur zukünftigen EU-Agrarforschung beteiligt („SCAR-Prozess“). Insbesondere wurden Hinweise für die Gestaltung der zukünftigen Forschungsförderung sowie von institutionellen Rahmenbedingungen erarbeitet und mit der SCAR-Gruppe erörtert.

Ansprechpartner: Dr. Claudia Henneberg (ZALF)
Dr. Jan-Stefan Fritz (Geschäftsstelle)

10.5. Forschungsallianz zum Erhalt des Kulturerbes

Im November 2006 haben sich elf Fraunhofer-Institute aus dem Bereich der Materialforschung und sechs Forschungsmuseen der Leibniz-Gemeinschaft (DBM, DM, DSM, GNM, RGZM, ZFMK) zur Forschungsallianz zum Erhalt des Kulturerbes zusammengeschlossen. Ziele der Forschungsallianz sind die bedarfsorientierte gemeinsame Forschung im Bereich der Restaurierungs- und Konservierungstechnik sowie eine schnellere Marktüberführung der Forschungsergebnisse, so dass sie allen Museen rasch zugute kommen können. Im September 2007 trafen sich die Mitglieder der Forschungsallianz zum Erfahrungsaustausch im Fraunhofer-Institut für Bauphysik, Holzkirchen.

Ansprechpartner: Dr. Stephan Brüggerhoff (DBM)
Dr. Arnulf von Ulmann (GNM)
Dr. Robert Steegers (Geschäftsstelle)

10.6. Arbeitsgemeinschaft der Informationsverbände

Vascoda (www.vascoda.de) ist ein Gemeinschaftsunternehmen wissenschaftlicher Bibliotheken und Informationseinrichtungen. Mit Vascoda sind im Jahr 2002 die von der DFG finanzierten Virtuellen Fachbibliotheken, die vom BMBF finanzierten Informationsverbände (EconDoc, GetInfo, infoconnex, MedPilot) sowie die von beiden Förderern unterstützte Elektronische Zeitschriftenbibliothek und die AG Verbundsysteme eine strategische Allianz eingegangen, um ihre Informationsangebote in einem gemeinsamen Portal zu bündeln. Mit dem gemeinsamen Portal Vascoda soll eine nutzerorientierte und transparente Dienstleistung entstehen, die eine fachübergreifende Recherche in einschlägigen Datenbeständen mit dem Zugriff auf die gewünschten Dokumente verknüpft. Ziel ist es, ein gut strukturiertes Informati-

onsangebot mit einheitlichem Zugang für alle Nutzergruppen zu schaffen. Vascoda und die Fachportale werden von wissenschaftlichen Bibliotheken und Informations-einrichtungen mit überregionaler Bedeutung aufgebaut und gepflegt. Das gemeinsame Portal Vascoda ermöglicht sowohl eine interdisziplinäre Suche als auch eine komfortable Navigation zu den Fachportalen. Die Nutzer und Nutzerinnen können über das gemeinsame Portal in das gesamte Vascoda-Informationsangebot einsteigen und zu den Einzelangeboten navigieren. In der Suche werden derzeit rund 40 einzelne Angebote wie die Virtuellen Fachbibliotheken abgefragt. Vascoda ist ein Grundbaustein für die Digitale Bibliothek.

Acht Leibniz-Einrichtungen sind an Vascoda beteiligt, die Geschäftsstelle ist an der TIB Hannover angesiedelt.

Ansprechpartner: Uwe Rosemann (TIB Hannover)

11. Arbeitskreise

Arbeitskreise sind vom Präsidium offiziell eingesetzte Gremien zu bestimmten Themen, die von Mitarbeitern der Geschäftsstelle betreut werden.

11.1. Lenkungskreis Europa

Der Lenkungskreis Europa ist vom Präsidium zur strategischen Weiterentwicklung der Brüsseler Aktivitäten eingesetzt worden. Er tagt teilnehmeroffen je nach Bedarf zwei bis vier Mal jährlich. Der Lenkungskreis ist vor allem auf forschungspolitischer Ebene tätig und unterscheidet sich darin vom Arbeitskreis Europa der EU-Referenten. Er sieht sich als Informations- und Kompetenzknotenpunkt zwischen den Instituten, dem Präsidium und der Geschäftsstelle sowie dem Brüssel-Büro und punktuell auch zu externen Partnern (BMBF, EU-Kommission etc.). Generell laufen alle relevanten Informationen zur EU-Forschung beim Lenkungskreis zusammen.

Der Lenkungskreis kann Initiativen einzelner Institute aufgreifen, kanalisieren und ggf. auf Verbandsebene unterstützen. Der Lenkungskreis kommt auf Basis der Diskussion im Präsidium überein, dass außereuropäische Aktivitäten der Leibniz-Gemeinschaft zumindest als Berichtspunkte und ggf. unter Hinzuziehung weiterer Institutsleitungen ebenfalls zum Betätigungsfeld des Lenkungskreises gehören. Sprecher des Lenkungskreises ist Prof. Rosenthal (FMP). Weitere Mitglieder sind Prof. Müller (IÖR), Prof. Wagner (SOEP/DIW Berlin), Prof. Tränkle (FBH), Prof. Sandner (MBI), Prof. Wiggering (ZALF) und Frau Dr. Georgi (IfW). Das Brüssel-Büro unterstützt inhaltlich und organisatorisch den Lenkungskreis.

Im Berichtszeitraum hat der Lenkungskreis drei Mal im Berlin-Büro der Leibniz-Gemeinschaft getagt. Inhaltlich hat der Kreis sich u. a. folgender Themen angenommen: Europäisches Technologieinstitut, neue europäische Infrastrukturen, die

Evaluierung des Brüssel-Büros und das Grünbuch der Europäischen Kommission zum EU-Forschungsraum sowie das Thema Public Bodies.

Ansprechpartner: Prof. Dr. Walter Rosenthal (FMP)
Dr. Jan-Stefan Fritz, Brüssel-Büro

11.2. Arbeitskreis Europa

Die Hauptaufgabe des AK Europa ist die Rückkopplung zwischen der Geschäftsstelle und den Leibniz-Einrichtungen zu aktuellen Fragestellungen, die sich aus dem Wirken und der Gremienarbeit der Geschäftsstelle ergeben (z. B. Europapolitischer Gesprächskreis des BMBF, Forschungstreffen der Brüsseler Landesvertretungen, KoWi-Trägerverein, Gesprächskreis zur EU-Umweltforschung). Darüber hinaus wird eine Verknüpfung zum Lenkungskreis Europa unter Leitung von Prof. Rosenthal (FMP) gesucht. Frau Dr. Georgi (IfW) war als Vertreterin der Runde für den Lenkungskreis Europa benannt. Im Bundesarbeitskreis der EU-Referenten an den deutschen Hochschulen (BAK) vertraten Frau Dr. Kopf (FV Berlin) und Frau Dr. Schäfer (DIfE) die Leibniz-Gemeinschaft. Im Berichtszeitraum wurden zwei Sitzungen des Arbeitskreises abgehalten, am 20. November 2006 im Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung und am 12. Juni 2007 im Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung Berlin. Um den Erfahrungsaustausch und die Meinungsbildung zu fördern, stehen bei den Treffen des AK Europa immer Vorträge auf dem Programm. Im Berichtszeitraum waren dies:

- Dr. Marko Häckel, „Die Rolle der Europäischen Technologieplattformen im 7. RP“
- Dr. Christiane Maierhofer, Bundesanstalt für Materialforschung, „European Construction Technology Platform (ECTP)“
- Dr. Andreas Förster, DECHEMA, Research Coordination, „Die Technologieplattform SusChem - Sustainable Chemistry“
- Daniel Kossakowski, KPMG, „Prüfung von EU-Projekten aus Sicht der Prüfer“
- Ulrich Haarmann, Praktikant im Brüssel-Büro bis Ende Juni 2007, „CIP - Rahmenprogramm Wettbewerbsfähigkeit und Innovation“
- Dr. Robert Teepe, DPZ, „Erfahrungen zur EU-Projektadministration am Beispiel EUPRIM-NET (Infrastrukturmaßnahme I3)“

Ansprechpartner: Dr. Jan-Stefan Fritz (Brüssel-Büro)

11.3. Arbeitskreis Wissenstransfer

Wissenschaftliche Erkenntnisse müssen der Gesellschaft in vielfältiger Weise dienen. Ziel des Arbeitskreises Wissenstransfer ist es, die ökonomische Verwertung wissenschaftlicher Ergebnisse aus Leibniz-Instituten weiter zu verbessern und zu erleichtern. Hierzu gehört als häufig effektivster Weg des Technologietransfers auch die Förderung von Mitarbeiterausgründungen. Seit April 2004 übernimmt

diese Rolle LeibnizX Science2Market – die Gründungsberatung der Leibniz-Gemeinschaft (vgl. Kap. 17).

Der Arbeitskreis begreift sich weiterhin als wichtiges Forum für Information und Erfahrungsaustausch sowie für die Fortbildung im Bereich des Wissenstransfers. Gemeinsam mit LeibnizX wurden im Jahr 2006 Veranstaltungen zum Thema Errichtung von Verwertungsplattformen innerhalb und außerhalb der Leibniz-Einrichtung und zum Thema Produkthaftung im Rahmen einer Instituts-GmbH durchgeführt. Im Rahmen des Arbeitskreises findet außerdem ein kontinuierlicher Erfahrungsaustausch mit den Technologietransfereinrichtungen anderer außeruniversitärer Forschungseinrichtungen statt.

Ansprechpartner: Dr. Verena Kopf (FVB)
Dr. Hans-Georg Weinig (Geschäftsstelle)

11.4. Arbeitskreis Chancengleichheit

Dem Arbeitskreis gehören alle Gleichstellungsbeauftragten der Leibniz-Einrichtungen an. Der zehnköpfige Sprecherinnenrat, dem je zwei Vertreterinnen pro Sektion angehören, bereitet den jährlichen Workshop Chancengleichheit vor und erarbeitet Vorschläge zur Verbesserung der Chancengleichheit in der Leibniz-Gemeinschaft.

Vernetzung, Informationsaustausch und die Diskussion aktueller Themen, die für die Tätigkeit der Gleichstellungsbeauftragten relevant sind, sind weitere wichtige Funktionen des Arbeitskreises. Diesem Ziel dient ebenfalls der vom AK erstellte und gepflegte „Leitfaden für Chancengleichheit in der Leibniz-Gemeinschaft“, der Gleichstellungsbeauftragten der Leibniz-Einrichtungen eine erste Orientierung und Arbeitsgrundlage geben soll. (http://www.wgl.de/extern/organisation/index_7.html)

Ansprechpartnerin: Anke Geßner (WZB)

11.5. Arbeitskreis Recht

Im Juni 2003 konstituierte sich eine Arbeitsgruppe Recht, zu der alle Juristen der Leibniz-Gemeinschaft eingeladen sind. Im Juni 2004 verlieh das Präsidium der 15 Personen zählenden Arbeitsgruppe einen offiziellen Arbeitskreisstatus im Sinne der Satzung. Der AK Recht ist Kommunikations- und Informationsbasis für die Leibniz-Einrichtungen in rechtlichen Angelegenheiten und spielt somit eine Doppelrolle. Einerseits geht es um den Austausch und die Unterstützung der Teilnehmenden untereinander, andererseits um ein Arbeitsgremium für auf Verbandsebene rechtlich relevante Themen, die eine Mitarbeit der Leibniz-Einrichtungen erfordert. Der AK Recht steht auch externen Juristen wie dem Arbeitskreis Recht der Helmholtz-Gemeinschaft grundsätzlich offen. Vor allem sind weiterhin alle interessierten und für die Arbeitsbereiche zuständigen Personen der Leibniz-Gemeinschaft herzlich eingeladen.

Im Berichtszeitraum haben zwei Sitzungen stattgefunden. Am 22.11.2006 tagte der AK Recht im Rahmen der Jahrestagung in den Räumen des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB). Schwerpunktthemen waren insbesondere der Tarifvertrag der Länder (TV-L), die Einführung einer leistungsbezogenen Vergütung nach dem TVöD und dem TV-L und das allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG). Die zweite Sitzung hat am 02.05.2007 im Rahmen der Verwaltungsausschusssitzung am Leibniz-Institut für Festkörper- und Werkstoffforschung Dresden (IFW) stattgefunden. Im Rahmen des Erfahrungsaustausches wurden folgende Themen behandelt: das neue Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG), die neuen Begriffe und IPR-Regelungen im 7. EU-Rahmenprogramm, die neuen Regelungen im geschäftlichen E-Mail-Verkehr (Gesetz über elektronische Handelsregister und Genossenschaftsregister sowie das Unternehmensregister, EHUG) und das Künstlersozialversicherungsgesetz (KSVG). Darüber hinaus wurde intensiv über das Selbstverständnis des Arbeitskreises Recht sowie über die administrative Vernetzung des AK Recht zu anderen Arbeitskreisen der Leibniz-Gemeinschaft diskutiert. Die Diskussion soll auf der kommenden Sitzung am 21. November 2007 am Deutschen Primatenzentrum (DPZ) in Göttingen fortgeführt werden.

Weiterhin hat im Berichtszeitraum ein gemeinsamer Workshop des Arbeitskreises Recht und des Arbeitskreises Finanzen zum Thema „Umsatzsteuerrecht“ am Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) in Mannheim stattgefunden. Beide Arbeitskreise befürworten eine Fortsetzung dieser Veranstaltung im kommenden Berichtszeitraum (Frühjahr 2008). Ebenfalls im Frühjahr 2008 wird der Arbeitskreis Recht eine gemeinsame Sitzung mit dem Arbeitskreis IT zum Thema „Internet und Recht“ abhalten. Dies soll ebenfalls eine Fortführung der Veranstaltung „Internet und Recht“ vom 28. und 29. September 2006 am ZEW in Mannheim sein.

Ansprechpartner: Ass. iur. Ute Rynarzewski (KIS Freiburg)
 RA`in Simone Taufenbach (Geschäftsstelle; bis 15.09.2007)
 RA Adrian Grüter (Geschäftsstelle; ab 01.10.2007)

11.6. Arbeitskreis Open Access

Open Access (OA) ist eine weltweite Bewegung, die sich zum Ziel gesetzt hat, den Zugang zu (wissenschaftlich relevantem) Wissen und zu Forschungsergebnissen, die auf nicht-kommerzieller Finanzierungsbasis gewonnenen wurden, ohne unnötige Barrieren (Zugriffsmöglichkeiten, Kosten, Rechtsvorbehalte) für alle Interessierten zu ermöglichen. Dieses Projekt ist nur möglich auf der Basis elektronischer Publikations- und Archivierungssysteme, wodurch das Internet und über dieses zugängliche Server vor allem von Forschungseinrichtungen und -organisationen besondere Bedeutung erhalten. Mit der 2003 erfolgten Unterzeichnung der Berliner „Erklärung über den offenen Zugang zu wissenschaftlichem Wissen“ hat sich neben anderen Wissenschaftsorganisationen, Universitäten, Bibliotheken, Forschungsinstituten und Regierungen auch die Leibniz-Gemeinschaft verpflichtet, ihre Mitarbeiter und Stipendiaten dazu anzuhalten, ihre Zeitschriften-Artikel offen zugänglich zu machen, die Anerkennung von Open Access-Fachliteratur zu fördern

und den Aufbau einer gut funktionierenden Infrastruktur für das neue Verbreitungsmodell zu unterstützen.

Der im September 2005 vom Präsidium der Leibniz-Gemeinschaft eingesetzte Arbeitskreis hat im Berichtszeitraum drei Mal getagt. Zur Mitgliederversammlung 2007 legt das Präsidium der Mitgliederversammlung eine vom Arbeitskreis entworfene Leitlinie zum Umgang mit Open Access vor. Die Leitlinie sieht vor, die Publikation von Forschungsergebnissen unter Open Access zu fördern. Am Arbeitskreis beteiligte Einrichtungen aus dem IVS bieten an, in einer zweijährigen Pilotphase die Mitgliedseinrichtungen bei der technischen, rechtlichen und organisatorischen Umsetzung der Leitlinie zu unterstützen und am Ende dieses Zeitraums ein Konzept für die Weiterarbeit vorzulegen. Die Umsetzung der Leitlinie verspricht besseren Zugang zu den Ergebnissen öffentlich geförderter Forschung und steht im Einklang mit den Bemühungen der Allianz der deutschen Wissenschaftsorganisationen, die digitale Informationsversorgung zu verbessern.

Ansprechpartner: Dr. Maximilian Stempfhuber (GESIS/IZ)
Ulrich Korwitz (ZB MED)
Dr. Robert Steegers (Geschäftsstelle)

11.7. Arbeitskreis Bibliotheken und Informationseinrichtungen

Dem Arbeitskreis gehören Bibliotheken und Informationseinrichtungen von 76 Leibniz-Einrichtungen an. Die restlichen Einrichtungen erhalten alle Informationen über die Vorhaben des Arbeitskreises. Sie beteiligen sich punktuell an einzelnen Aktionen. Seit der Konstituierung hat der zehnköpfige Sprecherrat des Arbeitskreises gezielte Initiativen ergriffen. Ein zentraler Teil der Arbeit bleibt die Vernetzung des Arbeitskreises im Inter-/Intranet, so dass Vielfalt und Kapazität der Bibliotheken und Informationseinrichtungen transparent werden. Interne Kommunikations- und Kooperationsmöglichkeiten sind so bereits erfolgreich in die Wege geleitet worden. Regelmäßige Treffen des Sprecherrates und die Jahrestagung des Arbeitskreises sorgen für einen hohen Grad an Abstimmung innerhalb des Arbeitskreises. Das Vortragsprogramm der Jahrestagung, die in diesem Jahr im IOW stattfand, trug zur fachlichen Weiterbildung bei. Ein wichtiges Ziel des Arbeitskreises ist, auch weiterhin bezahlbare Konditionen für Fachdatenbanken (Web of Science/WoS) und Electronic Journals (Zeitschriften-Konsortium) durch Konsortialbildung zu erhalten. Die erfolgreichen Verhandlungen aus dem vergangenen Jahr wurden fortgesetzt, und durch die professionelle Unterstützung insbesondere der TIB wurden auch in diesem Jahr diverse weitere Konsortialangebote bearbeitet bzw. eingeholt. „Leibniz-Konsortien“ werden so zum Begriff für Anbieter auf dem Markt.

Ansprechpartner: Christine Hasemann (TIB Hannover)
Dr. Robert Steegers (Geschäftsstelle)

11.8. Arbeitskreis Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Der AK Presse traf sich am 20. und 21. September 2007 im Hamburger Bernhard-Nocht-Institut für Tropenmedizin. Etwa die Hälfte der Presseverantwortlichen der Leibniz-Einrichtungen nahm an der Veranstaltung teil. Neben einem allgemeinen Gedankenaustausch bzgl. der Öffentlichkeitsarbeit der Leibniz-Gemeinschaft bzw. der einzelnen Institute stand der gegenwärtige Strategieentwicklungsprozess auf dem Programm, zu dem Prof. Rietschel referierte. Der zweite Veranstaltungstag war der Fortbildung gewidmet. Es gab zwei Workshops zur Auswahl: „Ins Netz gegangen – Aufbereitung wissenschaftlicher Inhalte fürs Internet“ und „Wie sieht ein gutes Pressefoto aus?“ Abschließend referierte Herr RA Stefan Endter, Geschäftsführer des Deutschen Journalisten-Verbandes Hamburg, zu den Themen Presserechte, Pressepflichten, Urheberrecht und Persönlichkeitsrecht.

In Berlin-Brandenburg entstand zum zweiten Mal nach 2006 eine Broschüre zur Selbstdarstellung der Leibniz-Einrichtungen der Hauptstadtregion, an der sich erstmals auch mehrere Institute beteiligten, die in Berlin Außenstellen unterhalten. Diese wurde an die Bundestags- und Landtagsabgeordneten sowie die Universitätsleitungen, Wissenschaftsministerien und Forschungsausschüsse der beiden Länder verschickt.

Ansprechpartner: Thomas Vogt, M.A. (Berlin-Büro)
Christoph Herbot-von Loeper, M.A. (Berlin-Büro)

12. Geschäftsstelle

Im Berichtszeitraum führten vornehmlich der Generalsekretär, dessen Stellvertretung sowie der Leiter des Brüssel-Büros zahlreiche Gespräche mit Vertretern der Bundes- und Landesregierungen, anderen Wissenschaftsorganisationen, Vertretern des europäischen Wissenschaftsraumes sowie der Industrie. Darüber hinaus nahmen sie an Sitzungen externer Partner (z. B. BMBF, andere Wissenschaftsorganisationen) teil. Die Mitarbeiter der Geschäftsstelle waren für die Organisation und Betreuung von Sektions- und Arbeitskreissitzungen, Veranstaltungsvorbereitungen oder die Durchführung von Weiterbildungsmaßnahmen zuständig. Die Mitarbeiter des Referats Evaluierung organisierten insgesamt 20 Evaluierungen und betreuten deren Durchführung.

Die Geschäftsstelle hat im Berichtszeitraum zahlreiche Veranstaltungen organisiert und durchgeführt sowie vor- und nachbereitet. Sie sind nachfolgend aufgeführt:

- Arbeitsgruppen des Präsidenten:
AG Zusammenarbeit mit Hochschulen (1), AG Nachhaltigkeit (1)
- Arbeitskreise/ Arbeitsgruppen:
AK Europa (2), AK Recht (3), Open Access (3), AK Bibliotheken und Informationseinrichtungen (3), AK Chancengleichheit (2), AK Wissenstransfer (1), AK Presse- und Öffentlichkeitsarbeit (1), AG Archive (2), AG Interne

Kommunikation (2), AG Forschungsmuseen (3), AG Netzwerke (1), AK Finanzen (3), AK IT (2)

- Tagungen:
Jahrestagung der Leibniz-Gemeinschaft, Jahrestagung AK Bibliotheken und Informationseinrichtungen, Jahrestagung AK Chancengleichheit, Jahrestagung AK Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
- Sitzungen:
Senat (3), Vorstand (4), Präsidium (6), Sektionen, IVS, VA (13), SAE (3), SAW (2), Arbeitsgruppen (s. o.), Preisjury (1), Strategiekommission (5)
- Workshops und Seminare:
Workshop 7. EU-Forschungsrahmenprogramm „Recht und Finanzen“, Workshop „Umsatzsteuerrecht“
- Veranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit:
Leibniz-Frühstücke (4), Parlamentarischer Abend Berlin, Parlamentarischer Abend der niedersächsischen Leibniz-Einrichtungen in Berlin, Pressekonferenzen (2)

Die Geschäftsstelle erreichten darüber hinaus im Berichtszeitraum zahlreiche Anfragen zu Themen, die bislang nicht routinemäßig bearbeitet werden. Hierzu zählten vornehmlich Rechtsthemen.

Im Berichtszeitraum hat die Geschäftsstelle weiterhin fünf BMBF-Projekte beantragt bzw. begonnen. Hierfür hat sie Mittel in Höhe von über 3 Mio. Euro eingeworben:

- Geisteswissenschaften im Dialog (vgl. TOP 15.1.2.)

Für die Fortsetzung des gemeinsam mit der Akademienunion beantragten Projekts „Geisteswissenschaft im Dialog“, das der öffentlichkeitswirksamen Präsentation geisteswissenschaftlicher Forschungsergebnisse im Rahmen von Podiumsdiskussionen an wechselnden Veranstaltungsorten dient, hat die Leibniz-Gemeinschaft für die Jahre 2007 bis 2009 beim BMBF Mittel in Höhe von 327.836 Euro eingeworben. Die Bewilligung des Projekts ist seitens des BMBF an die Verpflichtung von Leibniz-Gemeinschaft und Akademienunion geknüpft, für 2008 und 2009 jeweils einen Eigenanteil zur Finanzierung der bewilligten Referentenstelle in Höhe von 12.500 Euro zu erbringen. Näheres zum Projekt: vgl. Kapitel 15.1.2.

- LeibnizX (vgl. TOP 17)

LeibnizX ist die Beratungsstelle der Leibniz-Gemeinschaft für den Wissens- und Technologietransfer aus der Forschung in die Wirtschaft („Science2Market“). Der Schwerpunkt der Tätigkeit ist die Spin-off-Beratung. Daneben steht LeibnizX auch für alle anderen Fragen des Wissens- und Technologietransfers zur Verfügung und kann sowohl von den Leibniz-Einrichtungen als auch von den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern der Leibniz-Gemeinschaft kostenlos in Anspruch genommen werden. LeibnizX berät Gründer in allen Phasen des Gründungsprojekts.

Das vom BMBF geförderte Projekt LeibnizX lief ursprünglich zum 31. August 2007 aus. Um die erfolgreiche Arbeit fortzusetzen, schlug das BMBF vor, dass die Leibniz-Gemeinschaft einen Antrag auf Fortführung des Projekts LeibnizX bis zum 31.12.2009 stellen soll. Ende Juni 2007 hat die Leibniz-Gemeinschaft diesen Verlängerungsantrag gestellt. Der Antrag wurde bewilligt und hat ein Fördervolumen von 572.701 Euro bei einer Förderquote von 100 %. Mit den bewilligten 2 ½ Mitarbeiterstellen kann LeibnizX seine Arbeiten nun bis Ende 2009 fortsetzen.

Im Rahmen des beantragten Anschlussprojekts wird nun zum einen das Dienstleistungsangebot von LeibnizX weiterentwickelt und über neue Wege kommuniziert werden, damit eine noch größere Anzahl von Leibniz-Einrichtungen bzw. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern durch das Dienstleistungsangebot von LeibnizX erreicht wird.

- „Good Practice“

Nach Ansicht des BMBF wird das in den außeruniversitären Forschungseinrichtungen vorhandene Gründungspotential bei weitem noch nicht ausgeschöpft. Vor diesem Hintergrund hat das BMBF die neue Fördermaßnahme „Good Practice zur Erleichterung von Ausgründungsvorhaben: Erhöhung der Managementkompetenzen bei der Unterstützung von Ausgründungen in außeruniversitären Forschungseinrichtungen“ ausgeschrieben. Mit Hilfe dieser Maßnahme sollen nun in den vier außeruniversitären Forschungsorganisationen Ausgründungen durch Einbindung externen Management-Know-hows für einen befristeten Zeitraum von max. einem Jahr unterstützt und vorangebracht werden.

Die neue Fördermaßnahme wurde vom BMBF im Mai 2007 ausgeschrieben, und alle vier Forschungsorganisationen wurden zum Einreichen von Projektanträgen bis September 2007 aufgefordert, wobei jeweils ein Eigenanteil zu erbringen ist (im Falle der Leibniz-Gemeinschaft eine halbe Stelle). Damit der Leibniz-Gemeinschaft durch eine verspätete Antragsstellung keine Nachteile entstehen, hat das BMBF die Geschäftsstelle gebeten, – vorbehaltlich der Zustimmung der Mitgliederversammlung zu der o. g. halben Stelle – bereits vorher einen Antrag zur Teilnahme der Leibniz-Gemeinschaft an der neuen Maßnahme zu stellen. Daher wurde am 17.07.2007 ein entsprechender Antrag eingereicht. Der Antrag hat ein Fördervolumen von 1.882.733 Euro (Förderquote 100 %). Damit können mindestens 20 Gründungs- und Technologietransfervorhaben aus den Leibniz-Einrichtungen, z. B. durch den Einsatz von Interimsmanagern, Branchenexperten o. ä., unterstützt und realisiert werden. Außerdem wird aus den Projektgeldern neben der externen Managementunterstützung für die einzelnen Vorhaben auch eine Stelle in der Geschäftsstelle für die administrative und organisatorische Steuerung der Maßnahme finanziert.

- Verwertungs- und Transfernetze

Im Rahmen der High-Tech-Strategie der Bundesregierung hat das BMBF für die Leibniz-Einrichtungen in 2007 zusätzliche Finanzmittel zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft bereitgestellt. Innerhalb der Leibniz-Gemeinschaft sollte dabei die Netzwerkbildung für neue Verwertungswege

unterstützt werden. Eingebettet in das von der Geschäftsstelle koordinierte Projekt „*Neue Wege zur verwertungsorientierten Netzwerkbildung*“ zur Erstellung eines Prozessleitfadens für die Etablierung solcher Netzwerke, welches ebenfalls vom BMBF mit zusätzlichen Personal- und Sachmitteln in Höhe von 258.605 Euro gefördert wird, fand eine Leibniz-weite Ausschreibung für F&E-Vorhaben statt, die neben wissenschaftlicher Exzellenz einen besonderen Bezug zur verwertungsorientierten Netzwerkbildung haben sollten.

Eine unabhängige Gutachterjury mit Vertretern aus Wissenschaft und Industrie hat 27 Anträge aus den Leibniz-Einrichtungen begutachtet und auf einer Auswahlsitzung unter Vorsitz des Wissenschaftlichen Vizepräsidenten Prof. George eine Prioritätenliste mit zehn zur Förderung empfohlenen Anträgen ans BMBF gegeben. Die endgültige Förderentscheidung trifft das BMBF. Die zehn empfohlenen Anträge umfassen ein Gesamtvolumen von ca. 10 Mio. Euro.

- **Forschungsmarketing Südkorea**

(WTZ-Projekt), 01.09.2006 – 31.08.2007, 9.402,00 Euro

Übersicht der durch die Geschäftsstelle eingeworbenen Projektmittel:

Projekt	Vertragslaufzeit	Mittel
GiD	01.01.2007 – 31.12.2009	327.836 Euro
LeibnizX (Verstetigung)	01.09.2007 – 31.12.2009	572.701 Euro
“Good Practice” (unter Vorbehalt)	01.09.2007 – 31.08.2010	1.882.733 Euro
Verwertungs- u. Transfernetze	01.09.2007 – 31.03.2009	258.605 Euro Im Rahmen dieser Maßnahme werden Einzelvorhaben der Institute in einer Gesamthöhe von ca. 10 Mio. Euro möglich.
Forschungsmarketing Südkorea (WTZ-Projekt)	01.09.2006 – 31.08.2007	9.402,00 Euro
Summe gesamt		3.041.875 Euro

Im Berichtszeitraum hat es folgende Personalwechsel in der Geschäftsstelle gegeben:

- Seit dem 01.12.2006 hat Frau Anna Riegel-Schmidt befristet die Aufgaben von Karin Luppus übernommen, da Frau Luppus aufgrund des großen Arbeitsanfalls im Berichtszeitraum in das Referat Evaluierung abgeordnet wurde.
- Seit dem 01.01.2007 ist Claudia Labisch als wissenschaftliche Referentin der Sektion E (+ IÖR) im Brüssel-Büro angestellt.

- Als Nachfolge von Dr. Dietmar Leitner wurde (befristet) zum 01.02.2007 im Referat Evaluierung Frau Dr. Ismene Seeberg-Elverfeldt eingestellt.
- Seit dem 16.04.2007 ist Ruth Bendels als Projektleiterin des BMBF-Projekts „Geisteswissenschaften im Dialog“ in der Geschäftsstelle tätig.
- Zum 01.06.2007 übernahm (befristet) Dr. Hans-Georg Weinig als wissenschaftlicher Referent die Aufgaben von Dr. Jörg Rissler.
- Zum 01.07.2007 übernahm Dr. Stefan Fritz die Leitung des Brüssel-Büros von Dr. Marko Häckel, der zum INP Greifswald wechselte.
- Seit dem 01.07.2007 verstärkt Frau Irina Mannheim das Sekretariat im Büro des Präsidenten.
- Zum 16.07.2007 hat in der Geschäftsstelle (befristet) Sandy Töpfer die Sekretariatsaufgaben von Katja Winzer übernommen, die sich derzeit in Elternzeit befindet.
- Seit dem 01.10.2007 ist Ass. iur. Annette Beatrice Schoen im Brüssel-Büro beschäftigt.
- Zum 01.10.2007 hat (befristet) RA Adrian Grüter die Aufgaben von RA'in Simone Taufenbach übernommen, die zur Max-Planck-Gesellschaft wechselte.
- Ebenfalls zum 01.10.2007 hat (befristet) Dipl.-Verwaltungswirt Stephan Zwick (beurlaubt vom BMBF) die seit 14 Monaten vakante Stelle des administrativen Referenten in der Geschäftsstelle übernommen.

13. Administrative und rechtliche Rahmenbedingungen

Ansprechpartner für alle unter TOP 13 genannten Themen:

RA'in Simone Taufenbach (Geschäftsstelle; bis 15.09.2007)

RA Adrian Grüter (Geschäftsstelle; ab 01.10.2007)

13.1. Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) / Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L)

Bereits am 1. Oktober 2005 ist der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) in Kraft getreten. Dieser gilt zunächst nur für Beschäftigte des Bundes und der kommunalen Arbeitgeber und hat die BAT-Regelungen ersetzt. Eine große Schwierigkeit des Tarifvertrages, mit der insbesondere die Leibniz-Einrichtungen konfrontiert waren, war die fehlende Möglichkeit der Anerkennung förderlicher Zeiten. Insbesondere im wissenschaftlichen Umfeld ist dies jedoch eine unabdingbare Voraussetzung, um in der deutschen und internationalen Wissenschaftslandschaft konkurrenzfähig zu bleiben.

Mit Rundschreiben des BMI vom 30. November 2006 „Stufen der Entgelttabelle nach § 16 TVöD (Bund)“ ist nunmehr die Anerkennung förderlicher Zeiten bei der Gewinnung besonders qualifizierter Fachkräfte im Bereich der wissenschaftlichen Forschung möglich.

Am 19. Mai 2006 haben sich auch die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL), die Gewerkschaft ver.di und die dbb tarifunion auf ein neues Tarifrecht der Länder

geeinigt. Die Einigung findet für die Bundesländer Anwendung, die der TdL angehören, d. h. alle Bundesländer außer Berlin und Hessen.

Am 1. November 2006 wurden auch die Beschäftigten der Länder in den Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes der Länder (TV-L) übergeleitet. Das Überleitungsrecht sowie die Grundlagen des TV-L ähneln im Wesentlichen denen des TVöD's. Die Einkommens- und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten entsprechen weitestgehend den Bestimmungen beim Bund und bei den Kommunen. Hervorzuheben sind jedoch insbesondere die Berücksichtigungen der Besonderheiten für die Bereiche der Wissenschaft. Im Rahmen der von der Geschäftsstelle der Tarifgemeinschaft der Länder geleiteten Verhandlung zur Ausgestaltung der Regelungen des TV-L wurde versucht, die Fehler bzw. Schwierigkeiten innerhalb des TVöD's aufzugreifen und im TV-L Lösungsmöglichkeiten dafür zu schaffen. Im Regelwerk des TV-L wurde ein besonderer Teil für die Wissenschaft aufgenommen. Hiernach wird insbesondere die Anerkennung der förderlichen Zeiten ermöglicht.

Ab dem 1. Januar 2007 wurde im Rahmen des Bundesrechts – wie auch im Tarifvertrag für die Kommunen (VKA-Fassung) – ein Leistungsentgelt zusätzlich zum Tabellenentgelt eingeführt. Mit Einführung der neuen Vergütungsstruktur des TVöD entfallen verschiedene dem Beamtenrecht entlehnte Vergütungsbestandteile, beispielsweise der Ortszuschlag, die Lebensaltersstufen, der Bewährungs- und Zeitaufstieg sowie die Vergütungsgruppenzulagen. Diese Vergütungsbestandteile werden im TVöD durch eine Vergütung mit einem leistungsorientierten Stufenaufstieg ersetzt. Neben dem leistungsabhängigen Aufstieg in den Entwicklungsstufen im Rahmen des Grundgehalts besteht im TVöD ab Juli 2007 die Verpflichtung, eine zusätzliche Leistungskomponente einzuführen. Diese Komponente kann als Leistungs- oder Erfolgsprämie bzw. als Leistungszulage vorgenommen werden. Hierfür muss ein transparentes System der Mittelvergabe eingeführt werden. Die Zielgröße des Leistungsentgelts liegt bei 8 % und bis zu einer anderen Vereinbarung wird ein Gesamtvolumen von 1 % der ständigen Monatsentgelte des Vorjahres aller unter den Geltungsbereich des TVöD fallenden Beschäftigten des jeweiligen Arbeitgebers für das Leistungsentgelt zur Verfügung gestellt. Nähere Regelungen über die Ausgestaltung des Leistungsentgelts wurden im Leistungstarifvertrag vom 25. August 2006 vereinbart.

Auch für die Regelungen des TV-L wird es einen Leistungstarifvertrag geben.

13.2. Wissenschaftszeitvertragsgesetz – WissZeitVG/ Drittmittelbefristung

Im Juli 2006 wurde vom BMBF ein Gesetzesentwurf zur Änderung arbeitsrechtlicher Vorschriften in der Wissenschaft ausgearbeitet. In diesem Zusammenhang haben im Jahr 2006 mehrere Gesprächsrunden im BMBF stattgefunden, um den Wissenschaftsorganisationen, Hochschulen und anderen Interessenvertretern die Möglichkeit zu geben, ihre Interessen in den Entwurf mit einfließen zu lassen. Auch die Geschäftsstelle war an diesem Prozess beteiligt und setzte sich bereits im Jahr 2005 für die Schaffung eines Drittmittelbefristungsgrundes massiv ein.

Das neue Wissenschaftszeitvertragsgesetz ist am 18. April 2007 in Kraft getreten und beinhaltet im Kern Regelungen über befristete Arbeitsverträge in der Wissenschaft. In dieses wurden die bestehenden Regelungen des Hochschulrahmengesetzes (HRG) zum Abschluss sachgrundlos befristeter Arbeitsverträge in der Qualifizierungsphase (§§ 57a ff. HRG) überführt. Darüber hinaus wurden diese Regelungen durch einen neuen Befristungstatbestand für Fälle der Drittmittelfinanzierung sowie durch eine familienpolitische Komponente ergänzt.

Eine befristete Beschäftigung aufgrund von Drittmitteln ist nunmehr für wissenschaftliches/künstlerisches sowie für nicht-wissenschaftliches/nicht-künstlerisches Personal möglich, wenn die Beschäftigung überwiegend (d. h. mehr als zu 50 %) aus Mitteln Dritter finanziert wird und die Finanzierung für eine bestimmte Aufgabe und Zeitdauer bewilligt wurde.

Die Aufnahme des Drittmittelbefristungsgrundes und dabei insbesondere die Einbeziehung des nicht-wissenschaftlichen Personals ist als unabdingbar anzusehen und im Interesse aller außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Das Fehlen eines spezifischen, auf die befristeten Bewilligungszeiträume von Drittmittelprojekten orientierten Befristungsgrundes war und ist trotz Verweis auf das TzBfG ein auf Dauer nicht zu kompensierendes Manko der Gesetzeslage. Mit dem neuen Gesetz wird nunmehr Abhilfe geschaffen.

Die familienpolitische Komponente eröffnet eine Verlängerungsoption für Arbeitgeber und das beschäftigte wissenschaftliche Personal über die Regelhöchstfrist hinaus. Es ist eine Verlängerung um zwei Jahre je Kind möglich.

Seitens des BMBF wurde eine Handreichung zum Verständnis und zur Anwendung des WissZeitVG entwickelt („Handreichung zum Wissenschaftszeitvertragsgesetz“, abrufbar unter: www.bmbf.de). Dadurch möchte das BMBF etwaigen Fragen zur Anwendung vorgreifen. Zudem werden in dem Papier die Ansprechpartner innerhalb der Wissenschaftsorganisationen genannt. Weiterhin stellt das BMBF alle gestellten Fragen zur Anwendung mit Antworten regelmäßig auf seine Homepage.

Die Bundesregierung wird die Auswirkungen des WissZeitVG und dessen Anwendung in der Praxis umfassend evaluieren. Weiterhin soll es eine neue Änderung des WissZeitVG im Rahmen der Aufhebung des Hochschulrahmengesetzes geben.

13.3. Urheberrecht

Das Zweite Gesetz zur Regelung des Urheberrechts in der Informationsgesellschaft (Zweiter Korb) wurde am 05.07.2007 vom Bundestag verabschiedet. Mit dem Zweiten Korb sollte das Urheberrecht – aufbauend auf die erste Novelle aus dem Jahr 2003 – weiter an das digitale Zeitalter und die neuen technischen Möglichkeiten angepasst werden. Das Gesetz sollte die Interessen der Urheber an der Wahrung und Verwertung ihres geistigen Eigentums und die Belange der Geräteindustrie, der Verbraucher und der Wissenschaft an der Nutzung der Werke in einen angemessenen Ausgleich bringen.

Die Wissenschaftsorganisationen sowie auch das Aktionsbündnis „Urheberrecht für Bildung und Wissenschaft“ setzten sich im Berichtszeitraum jedoch massiv gegen diese Novellierung ein. Bildung und Wissenschaft müssen die neuen Formen der Verbreitung und des Erwerbs von Wissen und Information ohne Behinderungen nutzen können. Nach Ansicht vieler Forscher behindert jedoch die Novelle die wissenschaftliche Arbeit und schränkt den freien Zugriff auf Forschungsergebnisse ein. Studierende müssten für die Ausleihe von Fachliteratur Lizenzgebühren bezahlen. Der Deutsche Bibliotheksverband hofft auf eine wissenschaftsfreundlichere „Reform der Reform“. Im Hochschul- und Forschungsbereich gibt es zwar durch den Zweiten Korb teilweise klarere Regeln, allerdings ist fraglich, ob sie in der Praxis anwendbar bleiben. Die gesetzlichen Auflagen für Bibliotheken schränken diese bei der Bereitstellung digitaler Medien erheblich ein. Durch die starke Beschränkung des Wissenszugangs und die Privilegierung von Verlagsinteressen wird dem Selbstbestimmungsrecht der Wissenschaft und den Anforderungen von Ausbildung und Lehre nicht ausreichend Rechnung getragen.

Die Fraktionen im Bundestag sind durch die Kritik unsicher geworden. In der Bundestagsdebatte wurde deutlich, dass diese Novellierung den bildungs- und wissenschaftsspezifischen Anforderungen nicht gerecht wird. Die Sprecher im Bundestag befürworten mittlerweile die Aufnahme eines Dritten Korbs. Hier muss den Informationsbedürfnissen in Bildung und Wissenschaft, inner- und außeruniversitär, stärker Rechnung getragen werden. Dabei muss es wirtschaftlich handhabbare Geschäftsmodelle für den Umgang mit Wissen und Information unter Anerkennung des Primats des freien Zugangs zu Wissen in Bildung und Wissenschaft (Open Access-Prinzip) geben. Auch die Geschäftsstelle wird sich für einen Dritten Korb der Urheberrechtsnovelle einsetzen und sich über das Aktionsbündnis sowie gemeinsam mit den anderen außeruniversitären Forschungseinrichtungen beteiligen.

In seiner Plenarsitzung am 21.09.2007 hat der Bundesrat den Zweiten Korb gebilligt. Gleichzeitig fordert der Bundesrat die Bundesregierung jedoch auf, die mit dem Gesetz neu eingeführten Regelungen für Schulbücher sorgfältig zu beobachten und bei eintretenden Verschlechterungen kurzfristig eine Anpassung des Gesetzes vorzunehmen. Zudem spricht sich der Bundesrat insbesondere dafür aus, die Arbeit an dem Dritten Korb für die Belange von Bildung, Wissenschaft und Forschung in der Wissens- und Informationsgesellschaft rasch aufzunehmen.

13.4. Künstlersozialabgabe

Unternehmen und öffentliche Einrichtungen sind in der Regel verpflichtet, eine Künstlersozialabgabe an die Künstlersozialkasse (KSK) zu entrichten, wenn sie zu Zwecken der Eigenwerbung oder Öffentlichkeitsarbeit künstlerische Leistungen in Anspruch nehmen. Zu künstlerischen Leistungen zählen beispielsweise musikalische Darbietungen im Rahmen von Leibniz-Veranstaltungen, die Aufnahme von Fotos und die grafische Gestaltung von Flyern, Broschüren sowie Internetseiten. Für diese künstlerischen Leistungen muss die Künstlersozialabgabe, die gegen-

wärtig 5,1 % beträgt, vom Auftraggeber direkt an die KSK abgeführt werden. Von der Abgabepflicht ausgenommen sind Leistungen, die durch eine GmbH für die Einrichtung erbracht werden, da GmbHs als juristische Personen selbst abgabepflichtig sind. Die Abgabepflicht wird in diesem Fall verlagert.

Zum 15.06.2007 trat das 3. Künstlersozialversicherungsgesetz-Änderungsgesetz (KSVG) in Kraft. Inhaltlich ändert sich durch die Novellierung des Gesetzes zunächst nichts. Die bisherige Regelung, dass Einrichtungen, die eine kreative oder künstlerische Leistung in Anspruch nehmen, neben der Honorarzahlung an den Künstler auch zu Zahlungen an die Künstlersozialkasse verpflichtet sind, gilt weiter. Neu ist jedoch, dass die Betriebsprüfungen nach dem KSVG ab dem 01.07.2007 von der Künstlersozialkasse auf die Deutsche Rentenversicherung (DRV) übergehen. Die DRV hat angekündigt, zukünftig stärker zu überprüfen, ob Unternehmen und öffentliche Einrichtungen ihrer Abgabepflicht nachkommen.

13.5. Haftungsregelungen im TVöD

Mit der Umstellung vom BAT zum TVöD wurden die alten Haftungsregelungen des BAT nicht in das neue Tarifwerk übernommen. Nach dem TVöD besteht eine Haftung für Institutsangehörige mit Sicherheitsverantwortung bereits bei mittlerer Fahrlässigkeit. Die Regelung des TVöD ist für Institutsangehörige, die Sicherheitsverantwortung im Rahmen der Übertragung von Unternehmerpflichten übernommen haben, unzumutbar. Sie gilt für alle Einrichtungen gleichermaßen.

Ursprünglich sollten im Rahmen der Reparaturtarifverhandlungen (Ende 2006/Anfang 2007) die Regelungen aus dem BAT bezüglich der Haftung in den TVöD überführt werden. Die Verhandlungen wurden jedoch nicht abgeschlossen, sondern auf Anfang des Jahres 2008 vertagt. Nunmehr sollen im Rahmen der Verhandlungen des Vergütungstarifvertrages des TVöD die BAT-Regelungen zur Haftung in den TVöD mit überführt werden. Nach Auskunft des BMBF ist davon auszugehen, dass die Tarifparteien für den TV-L mit dieser Regelung nachziehen werden.

Dem BMI sowie den Tarifvertragsparteien ist die Haftungsproblematik bekannt. Daher rät das BMBF dazu, die Verhandlungen Anfang 2008 abzuwarten. Eine schriftliche Stellungnahme bzw. ein Hinweis seitens der Leibniz-Einrichtungen ist nach Aussagen des BMBF nicht mehr notwendig. Da dieses Problem alle Anwender des TVöD und des TV-L gleichermaßen betrifft und keinen wissenschaftsspezifischen Charakter hat, kommt auch keine außertarifvertragliche Regelung in Betracht.

14. Programmbudgets

Die Einführung und die Anwendung des Steuerungsinstruments Programmbudget in den Einrichtungen der Leibniz-Gemeinschaft gehen auf den Beschluss der Regierungschefs des Bundes und der Länder zur Sicherung der Qualität der For-

schung von 1997 zurück. Dieses Instrument der wissenschaftlichen Institutsleitungen soll den (einrichtungs-)internen Wettbewerb stärken und eine verursachungsgerechte Allokation von Kosten und Leistungen ermöglichen.

Die von den Zuwendungsgebern über die Gremien der BLK initiierten „Mindestanforderungen an Programmbudgets und Handreichung für die Erstellung von Programmbudgets“ in der Fassung von Oktober 2003 (im Folgenden kurz „Mindestanforderungen“ genannt) wurden als Konstrukt in Kraft gesetzt, wobei die „Mindestanforderungen“ einer Überprüfung in der Praxis und infolge deren Ergebnisse einer Fortschreibung und Weiterentwicklung bedürfen.

Bisherige Erfahrungen haben gezeigt, dass diese „Mindestanforderungen“ entgegen den Intentionen des Beschlusses von 1997, der von mehr Eigenverantwortung der Institute (statt Steuerung von außen) und umfangreicher Deckungsfähigkeit (statt grundsätzlicher Verbindlichkeit von veranschlagten Positionsgruppen oder von Budgets einzelner Programmbereiche) ausgeht, weniger diesbezügliche Flexibilität ermöglichen und an die Anforderungen der Praxis noch nicht durchgehend angepasst sind.

Die „Mindestanforderungen“ tragen der Eigenverantwortung der wissenschaftlichen Institutsleitungen und dem raschen Wandel des Wissens- und Erkenntnisstandes nicht hinreichend Rechnung. Sie betonen vielmehr die Steuerungsfunktion der Zuwendungsgeber mit der Charakterisierung der Programmbudgets und deren Untergliederungen (Programmbereiche) als Zielvereinbarung nicht nur zwischen Institutsleitung und Programmbereichsverantwortlichen, sondern auch zwischen Institut und Zuwendungsgebern, so dass die Institutsleitungen auf aktuelle Entwicklungen, bei neuen Erkenntnissen und bei unvorhersehbaren Herausforderungen infolge der verbindlichen Budgetierung der einzelnen Programmbereiche nicht mehr im erforderlichen Umfang selbstständig und eigenverantwortlich agieren und reagieren können.

Die Leibniz-Gemeinschaft hat im Jahre 2007 gegenüber den BLK-Gremien und den Zuwendungsgebern einige konkrete Vorschläge zur Fortschreibung der „Mindestanforderungen“ unterbreitet, um einen ersten Schritt hin zu einem Einklang des Konstrukts „Mindestanforderungen“ mit der Praxis anzuregen und darüber hinaus eine Neufassung allgemeiner Bewirtschaftungsrichtlinien als Mindeststandards für alle Einrichtungen formuliert.

Insbesondere seien hierzu folgende Punkte genannt:

- Weitergehende überjährige Verfügbarkeit als eine notwendige Voraussetzung für Programmbudgets mit den einander ergänzenden und unabdingbaren Komponenten
 - Übertragbarkeit (Ausgabereste nach § 15 HGrG),
 - Selbstbewirtschaftung (§ 12 Abs. 3 HGrG),
 - Behalt von Kassenbeständen (auch überjährig ohne Anrechnung auf Folgezuwendungen), sofern diese innerhalb der Zweimonatsfrist nach

den ANBest-I verwendet und somit Zinsverluste der Zuwendungsgeber vermieden werden,

- Erweiterung der Deckungsfähigkeit, insbesondere zwischen den Budgets der einzelnen Programmbereiche,
- Flexibilisierung im Bereich Personal (Aufhebung der Verbindlichkeit von Stellenplänen, Ausnahmen vom sog. Besserstellungsverbot).

Forschungsprogramme und die Definition von Programmbereichen und Leistungszielen können sinnvolle Maßnahmen darstellen. Zu hinterfragen, zu diskutieren und zu überprüfen werden künftig das Instrument Budgetierung generell und seine Ausgestaltung für die Leibniz-Gemeinschaft in den „Mindestanforderungen“ sein.

Anfang des vorigen Jahrhunderts in den USA auf Basis der Ideen von Frederik W. Taylor („The Principles of Scientific Management“, New York 1911) und James O. McKinsey („Budgetary Control“, New York 1922) entstanden, wird das Instrument Budgetsteuerung (Zielvereinbarung – Budget – Abweichungsanalyse – Konsequenzen) in Form einer starren Budgetierung einzelner Betriebseinheiten den Anforderungen des neuen Jahrhunderts mit seiner hohen Dynamik der Wissensvermehrung und seiner Komplexität des Wissens nicht mehr flächendeckend gerecht, so dass einzelne Wirtschaftsunternehmen sich von diesem Instrument bereits getrennt haben. Die Umsetzung bei der Leibniz-Gemeinschaft nach den „Mindestanforderungen“ beinhaltet die gegenüber den Zuwendungsgebern weitgehend verbindliche Budgetierung von – ggf. auch organisatorische Einheiten überschreitenden – Programmbereichen. Budgetierung im Sinne dieser „Mindestanforderungen“ birgt über die fehlende Zukunftsfähigkeit hinaus u. a. die Gefahr eines Mangels an Flexibilität und von bürokratischen Hemmnissen.

Es besteht aus Sicht der Leibniz-Gemeinschaft erheblicher Änderungs- und Ergänzungsbedarf in Bezug auf die „Mindestanforderungen“. Nach den bisherigen Erfahrungen aus der Praxis kann dieser Bedarf wie folgt kurz beschrieben werden:

Um auch weiterhin erfolgreich zu sein, müssten die Einrichtungen über die Freiheit verfügen, bei neuen Erkenntnissen und bei unvorhersehbaren Herausforderungen selbstständig und eigenverantwortlich Umschichtungen zwischen den Budgets der Programmbereiche über den bisher zugestandenen Rahmen hinaus vorzunehmen. Dies insbesondere vor dem Hintergrund, dass es nach den „Mindestanforderungen“ ausschließlich Aufgabe der Institutsleitungen ist, Programm- und Leistungsziele festzulegen und diese mit den geplanten Budgetdaten (d. h. mit Kostenträgern und Programmbereichbudgets) zu verbinden. Es sollte den Instituten im Umkehrschluss unbenommen sein, notwendige Änderungen der Ressourcenzuordnung alleinverantwortlich vorzunehmen. Hier sind die „Mindestanforderungen“ dem Anschein nach in sich widersprüchlich.

Eine gegenüber den Zuwendungsgebern bindende Festlegung von Programmbereichen und Leistungszielen auf Einzelbudgets innerhalb einer Einrichtung widerspricht dem Prinzip der Globalsteuerung und der Globalhaushalte, so wie diese in dem Beschluss von 1997 gefordert wurden. Es sollte im Verantwortungsbereich

der Institutsleitungen liegen, im Vollzug der Programmbudgets notwendige Änderungen bei der Zuordnung von Ressourcen auch über Programmbereiche hinweg vorzunehmen. In Fällen einer starken Verflechtung von Programmbereichen sind und werden diese Änderungen zwangsläufig in hohem Maße erforderlich.

Ein Ziel der Leibniz-Gemeinschaft ist es, die Aufsplittung in eine mehr oder weniger große Anzahl von nach außen verbindlichen Einzelbudgets einer Einrichtung mit einem die gesamte Einrichtung umfassenden (hinsichtlich Zuwendungsbedarf limitierten) Globalbudget abzulösen, aus dem der Ressourcenzugriff auf der Grundlage eines kontinuierlichen einrichtungsinternen Planungs- und Entscheidungsprozesses institutsspezifisch, eigenverantwortlich und am aktuellen Wissens- und Erkenntnisstand orientiert erfolgt.

Ob und inwieweit unterhalb der Ebene des Globalbudgets Programmbereiche gegenüber den ausführenden Stellen im Institut einrichtungsintern noch verbindlich budgetiert werden oder ob modernere Managementmethoden der Steuerung, des Controlling und der Sicherstellung des Wettbewerbs zur Anwendung kommen, sollte den Entscheidungen der Institutsleitungen unter sachlichen Gesichtspunkten obliegen und nicht als eine Verpflichtung von außen den Instituten auferlegt werden. Diese evtl. intern budgetierten Programmbereiche könnten gegenüber den Zuwendungsgebern informell im Rahmen des Globalbudgets ausgewiesen werden.

Die Leibniz-Gemeinschaft wird die nach ihrer Auffassung offene Diskussion zur Weiterentwicklung der Programmbudgets initiativ führen, konstruktiv begleiten und auch künftig Vorschläge mit dem Ziel unterbreiten, ein alle Seiten überzeugendes Instrument sowohl der einrichtungsinternen Steuerung als auch einer outputorientierten Förderung zu schaffen, das die Interessen der Zuwendungsgeber, die Eigenverantwortlichkeit der Institute und die Beschlüsse von 1997 im erforderlichen Maße berücksichtigt und das geeignet ist, den Herausforderungen der Zukunft gerecht zu werden.

15. Öffentlichkeitsarbeit

Im Berichtszeitraum haben die Geschäftsstelle zahlreiche wissenschaftspolitische Anfragen erreicht. Neben einer großen Anzahl ausführlicher persönlicher Interviews mit dem Präsidenten fanden auch seine Stellungnahmen zur Frage einer Frauenquote in der Wissenschaft oder seine Teilnahme an einer Pressekonferenz in Hamburg mit Bundesforschungsministerin Dr. Annette Schavan und Hamburgs Wissenschaftssenator Jörg Dräger, PhD, anlässlich des Starts des Ausstellungsschiffs „MS Wissenschaft“ große mediale Resonanz. Ein weiterer medialer Höhepunkt war die Pressekonferenz zum Zusammenschluss von BESSY und HMI zum Helmholtz-Zentrum Berlin. Auch an dieser Pressekonferenz nahmen Bundesforschungsministerin Dr. Schavan teil sowie der Berliner Wissenschaftssenator Prof. Zöllner, Helmholtz-Präsident Prof. Mlynek und Leibniz-Präsident Prof. Rietschel.

Thomas Vogt bekleidet das Amt des Pressesprechers und verantwortet den AK Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, den Internetauftritt, die Publikationen *Jahrbuch* und *Zwischenruf*, die Jahrestagung, Wissenschaft im Dialog (WiD), die Organisation der „Leibniz-Frühstücke“ und der Parlamentarischen Abende sowie die wissenschaftspolitische Kontaktpflege in Berlin. Christoph Herbort-von Loeper betreut die regionalen Presse-Arbeitskreise, ist verantwortlich für das *Leibniz-Journal* und die *Leibniz-Nachrichten* und entwirft die Grußworte und Reden für den Präsidenten.

Die Beziehungen zu den Medien werden kontinuierlich gepflegt. So ist die Leibniz-Gemeinschaft beispielsweise Mitglied im Freundeskreis der Wissenschaftspressekonferenz. Der elektronische Verteiler für Pressemitteilungen umfasst knapp 1.300 Empfänger und wurde im Berichtszeitraum weiter systematisch ausgebaut, in dem weitere relevante Gruppen aus Medien und Wissenschaftspolitik ergänzt wurden. Die Geschäftsstelle hat im Berichtszeitraum etwa 15 Pressemitteilungen zu übergeordneten bzw. forschungspolitischen Themen herausgegeben.

Ein inzwischen gut eingeführtes Mittel der internen Kommunikation stellen die *Leibniz-Nachrichten* dar, die mit dem Untertitel „Mitteilung aus Präsidium, Senat, Gremien, Sektionen, Instituten und Geschäftsstelle der Leibniz-Gemeinschaft“ die Mitgliedseinrichtungen über die Arbeit der Geschäftsstelle sowie aktuelle forschungspolitische Entwicklungen informieren. Immer wieder gibt es Rückmeldungen, die belegen, dass die *Leibniz-Nachrichten* auch bei den Zuwendungsgebern viele interessierte Leser finden. Die *Leibniz-Nachrichten* erscheinen etwa zehn Mal pro Jahr.

Die Internetpräsenz der Leibniz-Gemeinschaft wurde kontinuierlich gepflegt und weiterentwickelt. Das Layout wurde angepasst und die Navigation neu strukturiert. Eine Freischaltung des überarbeiteten Internetauftritts ist noch für 2007 geplant. Die Rubrik „Aktuelles aus der Leibniz-Welt der Wissenschaft“ bringt regelmäßig Neuigkeiten aus den 83 Leibniz-Einrichtungen. Die „Highlights“ berichten über verbandspolitisch wichtige Ereignisse, von der Jahrestagung über die Parlamentarischen Abende bis zu wichtigen Tagungen.

Das *Leibniz-Journal* stellt das Hauptmedium der Öffentlichkeitsarbeit nach innen und außen dar. Es erscheint vier Mal jährlich in einer Auflage von zurzeit 4.500 Stück. Zielgruppen sind das forschungspolitische Umfeld, Journalisten, Angehörige der Leibniz-Institute und interessierte Laien. Jedes Heft widmet sich einem Schwerpunktthema. Permanente Rubriken sind das „Spektrum“ mit längeren Beiträgen, das „Porträt“ einer Mitgliedseinrichtung sowie „Nachrichten“ und „Personen“ jeweils mit Kurzmeldungen. In unregelmäßigen Abständen erscheinen Beiträge in den Rubriken „Interview“ sowie „Pro und Contra“. Die Schwerpunkte des Berichtszeitraums waren: „Modell Leibniz: Forschen für die Menschen“ (3-4/2006), „Sprache – Mehr als nur schöne Worte“ (1/2007), „Pakt für Forschung und Innovation: Politik und Wissenschaft ziehen an einem Strang“ (2/2007) und „Pharmaforschung – Neues aus der ‚Leibniz-Apotheke‘“ (3/2007).

Im Berichtszeitraum erschienen zusätzlich folgende Publikationen im weiteren Sinne bzw. wurden neu aufgelegt:

- Broschüre „Leibniz Berlin-Brandenburg. Forschung und Service für die Wissenschaft. 23 Leibniz-Einrichtungen der Region stellen sich vor“,
- „Leibniz. Forschung und Kooperation“ (Selbstdarstellungs-Faltblatt der Leibniz-Gemeinschaft, deutsch),
- Zwischenruf 1/2007: Raumwissenschaftliche Forschung für die politische Praxis,
- Leibniz Perspectives 2/2007: Research for a sustainable Europe.

Um die Marke „Leibniz-Gemeinschaft“ bekannter zu machen und Stellenausschreibungen der Institute mehr Aufmerksamkeit und Attraktivität zu vermitteln, wurde die in Zusammenarbeit mit der Münchener Agentur Gabler entwickelte Profilanzeige mit 2-monatlicher Erscheinungsweise weitergeführt. Unter einem allgemeinen Informationsteil zur Leibniz-Gemeinschaft mit der Überschrift „Forschen im Netzwerk im Dienst der Gesellschaft“ können alle Institute ihre Stellenanzeigen schalten.

Ansprechpartner: Thomas Vogt (Geschäftsstelle)
Christoph Herbort-von Loeper (Geschäftsstelle)

15.1. Präsentation der Leibniz-Gemeinschaft

15.1.1. Parlamentarische Abende

Anlässlich des Jahres der Geisteswissenschaften fand der Parlamentarische Abend der Leibniz-Gemeinschaft am 12. Juni 2007 unter dem Motto „Von Archäologie bis Zeitgeschichte – Das ABC der Geisteswissenschaften bei Leibniz“ statt. 18 Leibniz-Einrichtungen präsentierten ihre vielfältigen Forschungsarbeiten zu den Geistes- und Sozialwissenschaften vor etwa 150 Gästen aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Medien.

Außerdem fand am 21. Februar 2007 ein Parlamentarischer Abend auf Landesebene in der Vertretung des Landes Niedersachsen beim Bund statt. Unter dem Titel „Exzellent in Forschung und Service – Die Einrichtungen der Leibniz-Gemeinschaft in Niedersachsen“ stellten sich die sechs in Niedersachsen ansässigen Leibniz-Institute in der Landesvertretung vor. Die gut besuchte Präsentation wurde von Prof. Rietschel und Minister Stratmann eröffnet.

Ansprechpartner: Christoph Herbort-von Loeper (Geschäftsstelle)

15.1.2. Geisteswissenschaft im Dialog (GiD)

Zusammen mit der Akademienunion organisiert die Leibniz-Gemeinschaft die Veranstaltungsreihe Geisteswissenschaft im Dialog. Die Reihe ist ein aktuelles Diskussionsforum für Fragen aus Wissenschaft, Kultur und Gesellschaft. Experten aus Geistes- und Naturwissenschaften präsentieren diese Fragen, diskutieren sie mit

einem breiten Publikum und versuchen, informativ, unterhaltsam und gegenwartsnah Antworten zu geben. Die Veranstaltungsreihe ist eingebunden in die Initiative Wissenschaft im Dialog.

Im Jahr der Geisteswissenschaften, mit dem das Projekt in besonderer Weise verbunden ist, wurde die Veranstaltungsreihe ausgebaut. Das Projekt wurde vom BMBF neu bewilligt und startete Mitte April in die neue Projektphase. Geisteswissenschaft im Dialog steht weiterhin unter der Schirmherrschaft der Bundesministerin Dr. Annette Schavan.

Das Projekt griff in diesem Jahr zentrale Anliegen des Wissenschaftsjahres auf, indem es sich mit der Frage nach den Sprachen des Menschen, nach Erinnerung, Identität und kulturellen Grundlagen von Gemeinschaft auseinandersetzte und die verschiedenen Untersuchungskulturen der Geisteswissenschaften miteinander, mit anderen Wissenschaften und mit der Öffentlichkeit ins Gespräch brachte. Es zeigte auch – etwa mit einer Podiumsdiskussion im Umfeld des Klima-Forschungsgipfels der Bundesministerin Dr. Schavan im Oktober dieses Jahres – den Beitrag auf, den die Geisteswissenschaften im Dialog mit den anderen Wissenschaften zu aktuellen gesellschaftlichen Fragen wie der Klimadebatte beitragen können und müssen.

Erneuert werden konnten in diesem Jahr die Vereinbarung über die Kooperation mit dem Kunstmuseum Bonn, das dem Projekt Geisteswissenschaft im Dialog sein Auditorium auch für die neue Projektphase kostenlos zur Verfügung stellt, sowie die Medienpartnerschaft mit dem Deutschlandfunk. Das Projektdesign wurde vollständig überarbeitet. Ein neuer Internetauftritt entsteht.

Im Berichtszeitraum wurden fünf Dialoge organisiert. Die Veranstaltungen fanden, wie auch weiterhin für die Zukunft geplant, neben dem Stammveranstaltungsort im Kunstmuseum Bonn im gesamten Bundesgebiet statt:

- 20.06.2007: „Vergangenheitsbewältigung“: Erinnerung und Identität im Nachkriegsdeutschland
im Institut für Zeitgeschichte, München
- 18.07.2007: Wie gut kennen wir Europa? Gegenwart und Geschichte einer pluralen Kultur
in der Französischen Friedrichstadtkirche am Gendarmenmarkt, Berlin
- 26.09.2007: Vertreibung und Erinnerung. „Deutscher Osten“ und „polnischer Osten“ im Vergleich
im Institut für Deutsche Sprache, Mannheim
- 25.10.2007: Aus dem Vollen schöpfen? Rohstoffgewinnung, Lebensqualität und Nachhaltigkeit
im Deutschen Bergbau-Museum Bochum
- 15.11.2007: Wie gut kennen wir Europa? Gegenwart und Geschichte einer pluralen Kultur
im Kunstmuseum Bonn

Über die Veranstaltungen wurde im Vorfeld wie im Nachhinein an verschiedenen Stellen und in verschiedenen Medien berichtet: idw, SZ, FAZ, taz, Deutschlandfunk, Deutschlandradio Kultur, diverse Veranstaltungskalender und Homepages (Leibniz-Gemeinschaft, Akademienunion, Leibniz-Institute, Jahr der Geisteswissenschaften, Wissenschaftszentren, Regionalverbände). Das große öffentliche Interesse, auf das die Veranstaltungen stießen, wurde nicht nur an den hohen Teilnehmerzahlen deutlich, sondern auch an der engagierten Teilnahme des Publikums an den Diskussionen.

Ansprechpartnerin: Ruth Bendels, Geschäftsstelle Bonn

15.1.3. Leibniz-Frühstück

Mitarbeiter der Bundestagsfraktionen und Abgeordneten, Repräsentanten der Landesvertretungen und politischen Stiftungen sind eine wichtige, dennoch in der Regel vernachlässigte Zielgruppe politischer Lobbying-Bemühungen. Speziell für diese Zielgruppe hat die Geschäftsstelle das Instrument des Leibniz-Frühstücks geschaffen. Vier Mal im Jahr bietet die Veranstaltung an zentraler Stelle in Berlin zwischen 9 und 11 Uhr morgens Gelegenheit zum wissenschaftspolitischen Gedankenaustausch.

- 6. Februar 2007: Prof. Ernst Th. Rietschel spricht über das „Zukunftsmodell Leibniz-Gemeinschaft“; vom Wesen und den Stärken der Leibniz-Gemeinschaft.
- 15. Mai 2007: „Lessons learnt – Klimawandel und Politikberatung“. Über das Spannungsfeld zwischen wissenschaftlichen Erkenntnissen und Interessen der Politik am Beispiel des Weltklimaberichts sowie über die Frage „Was kostet uns der Klimawandel?“ referiert die Umweltökonomin Frau Prof. Claudia Kemfert, DIW.
- 25. September 2007: „Denn sie wissen nicht, was sie tun – Eingriffe des Menschen in die Natur“. Über den gegenwärtigen Kenntnisstand bezüglich der Funktion von Ökosystemen und Arten sowie mögliche Folgen für Wirtschaft und Gesellschaft aufgrund des laufenden Biodiversitätsverlusts spricht Prof. Volker Mosbrugger, FIS.
- 4. Dezember 2007: „Grüne Gentechnik und warum wir sie brauchen“ – Prof. Dr. Dierk Scheel, IPB, antwortet.

Ansprechpartner: Christoph Herbort-von Loeper (Geschäftsstelle)

15.1.4. Forschen in Europa: nationale und europäische Nachwuchsförderung

Unter diesem Titel veranstaltet die KoWi in verschiedenen deutschen Städten regelmäßig Informationsveranstaltungen, auf denen sich Nachwuchswissenschaftler über finanzielle Förder- und Arbeitsmöglichkeiten in Hochschulen und Wissenschaftsorganisationen informieren können. Die Leibniz-Gemeinschaft präsentierte sich am 23.01.2007 in Gießen und am 08.05.2007 in Jena.

15.2. Wissenschaft im Dialog (WiD)

Auch in diesem Jahr nahmen Einrichtungen der Leibniz-Gemeinschaft wieder an den Hauptaktivitäten von Wissenschaft im Dialog (WiD) teil: Wissenschaftssommer und Ausstellungsschiff mit dem inhaltlichen Schwerpunkt Kommunikation und Sprache. Der Wissenschaftssommer ist eine alljährliche Leistungsschau der außeruniversitären Forschungsorganisationen. An der Ausstellung, die vom 9. bis 15. Juni 2007 auf dem Essener Kennedyplatz stattfand, beteiligten sich die sieben Leibniz-Einrichtungen: DBM, DIfE, DIPF, FIS, GESIS, IDS und IfADo.

Das IDS präsentierte digitale Recherchertools, Online-Informationssysteme und Sprachanalyseprogramme. Das IfADo informierte über die Kommunikation mit Maschinen. Die Sprache von Kunstwerken aus Bergbau und Technik machte das Deutsche Bergbau-Museum Bochum zu seinem Thema. Die Bilder künden von vergangener Technik und bergmännischen Ereignissen – Kunstobjekte werden so zu Quellen der Bergbaugeschichte. Die Sprache der Vögel verrät den Forschern des FIS viel über Herkunft und Art der Tiere. Exponate zur Bioakustik, Klanginstallationen und ein Tierstimmenquiz für Kinder zogen viele Besucher an. Am Stand des DIfE wurden die Besucher per Frage- und Antwortspiel über Ernährungsmythen aufgeklärt. Die GESIS informierte über das richtige Fragenstellen via Suchmaschine oder bei Befragungen. Mit Hilfe des Würfelspiels „Profis zeigen Profil“ des DIPF konnten die Besucher ihre Kompetenzen ermitteln.

Vom 5. Juni bis zum 7. Oktober war das umgebaute Binnenschiff namens „MS Wissenschaft“ im Auftrag von „WiD“ unterwegs. Das Institut für Deutsche Sprache (IDS) informierte über Sprachgewohnheiten junger Deutschtürken. Das Leibniz-Institut für Meereswissenschaften (IFM-GEOMAR) stellte in einem kleinen Raum eine Unterwasserwelt nach. Dort erfuhren die Besucher die neuesten Forschungsergebnisse zur Kommunikation unter Wasser – von Fischen und Meeressäugern. Das Deutsche Museum (DM) zeigte die Enigma. Mit der Enigma wurde während des Zweiten Weltkriegs der größte Teil der Funksprüche der deutschen Wehrmacht und Marine vor dem Absenden verschlüsselt und nach dem Empfang wieder entschlüsselt. Inhaltlich wurden die Aktivitäten vom WiD-Lenkungsausschuss gesteuert. Für die Leibniz-Gemeinschaft nahm Thomas Vogt teil.

Ansprechpartner: Thomas Vogt (Geschäftsstelle)

16. Jahr der Geisteswissenschaften (JdG)

2007 standen erstmals die Geisteswissenschaften im Mittelpunkt eines Wissenschaftsjahres. Nach sieben Jahren, die sich den Naturwissenschaften widmeten, wurden nun die Vielfalt und Bedeutung der geisteswissenschaftlichen Fächer, Themen und Methoden in die Öffentlichkeit gerückt. Ihre international anerkannte Qualität sollte für alle sichtbar gemacht werden. Zugleich startete zu Jahresbeginn die Förderinitiative "Freiraum für die geisteswissenschaftliche Forschung", mit der

das BMBF die Geisteswissenschaften nachhaltig stärken will. "Erinnern, Vermitteln, Gestalten" – mit diesem Dreiklang lässt sich auch die Vielzahl geisteswissenschaftlicher Kategorien und Fächer ordnen. Motto des Wissenschaftsjahres 2007 ist dementsprechend: "Die Geisteswissenschaften. ABC der Menschheit." (Näheres unter [http://www.abc-der-menschheit.de/.](http://www.abc-der-menschheit.de/))

Nach einigen Schwierigkeiten im Vorfeld konnten die Vorbereitungen zum Jahr der Geisteswissenschaften im Mai 2006 endgültig starten. Das BMBF richtete zu diesem Zeitpunkt einen Projektstab ein, der das Jahr koordinierte. Für die konzeptionelle und inhaltliche Seite des Jahres ist Dr. Martin Thomé verantwortlich, der auf Bitte des BMBF aus der Leibniz-Geschäftsstelle bis März 2008 in den Projektstab abgeordnet wurde. Die Initiative der Leibniz-Gemeinschaft und die Bedeutung ihrer Beiträge zur konzeptionellen Entwicklung des Jahrs der Geisteswissenschaften, insbesondere zu dem im Mai 2006 verabschiedeten Rahmenkonzept, wurden auf diese Weise gewürdigt.

In einem seit Juni 2006 laufenden kontinuierlichen Prozess wurden möglichst viele Institutionen aus allen Bereichen der Geisteswissenschaften als Partner mit eigenen Veranstaltungen in das Jahr eingebunden; aus der Leibniz-Gemeinschaft waren dabei die Institute der Sektionen A und B mit einer großen Zahl an Aktivitäten beteiligt. Alle in das Jahr eingebundenen Veranstaltungen und ihre Träger wurden unter dem Dach einer großen medialen Kampagne während des Jahres bundesweit sichtbar gemacht, die eine außerordentlich große Presseresonanz sowohl regional als auch überregional hervorgerufen hat.

Ende September 2007 wurde in einer vorläufigen Bilanz deutlich, dass das Jahr eine hohe Mobilisierung unter den Geisteswissenschaften hervorgebracht hat; ca. 350 Partner, vom kleinen Institut bis zum Dachverband, beteiligten sich mit hunderterten von Veranstaltungen. Die Einbindung der Leibniz-Institute ist weitgehend gelungen – vor allem das IDS spielte eine herausragende Rolle, was natürlich dem Jahresthema „Sprache“ wesentlich geschuldet ist. Durch die Einbindung von Prof. Nussli von Rein als Leibniz-Vertreter im Koordinierungskreis ist die Mitsprache bei allen relevanten Entscheidungen und Entwicklungen sichergestellt. Insgesamt lässt sich feststellen, dass das Engagement der Leibniz-Gemeinschaft in diesem Wissenschaftsjahr im BMBF sehr positiv wahrgenommen wurde und wird. Über verschiedene Möglichkeiten der Nachhaltigkeit und der Verstetigung der Impulse aus dem Jahr wird derzeit diskutiert.

Ansprechpartner: Martin Thomé (E-Mail: martin.thome@bmbf.bund.de)

17. LeibnizX

LeibnizX ist die Beratungsstelle der Leibniz-Gemeinschaft für den Wissens- und Technologietransfer aus der Forschung in die Wirtschaft („Science2Market“). Der Schwerpunkt der Tätigkeit ist die Spin-off-Beratung. Daneben steht LeibnizX auch für alle anderen Fragen des Wissens- und Technologietransfers zur Verfügung und kann sowohl von den Leibniz-Einrichtungen als auch den Wissenschaftlerinnen

und Wissenschaftlern der Leibniz-Gemeinschaft kostenlos in Anspruch genommen werden. LeibnizX berät Gründer in allen Phasen des Gründungsprojekts. Diese reicht von der Konkretisierung und Strukturierung der Gründungsidee über die Definition von Produkten bzw. Dienstleistungen bis zur Erstellung eines Businessplans inklusive der Finanzplanung. Aber auch für andere Wege der wirtschaftlichen Verwertung von Forschungsergebnissen bietet LeibnizX Unterstützung an.

LeibnizX wird auch von außen als der zentrale Ansprechpartner für den Wissens- und Technologietransfer der Leibniz-Gemeinschaft wahrgenommen und anerkannt, wie vielfältige Kontakte u. a. zu den anderen Wissenschaftsorganisationen, Verbänden, VC-Gesellschaften, regionalen Beratungsorganisationen oder Industrieunternehmen zeigen.

Seit Einrichtung der Beratungsstelle im März 2004 bis zu diesem Zeitpunkt hat LeibnizX insgesamt 40 Projekte aus allen fünf Sektionen beraten und betreut. Die Projekte verteilen sich dabei wie folgt: Von den 40 Beratungsprojekten wurden bisher 13 Projekte aus vier Sektionen mit einer Unternehmensgründung erfolgreich abgeschlossen. Neun dieser Unternehmen wurden in den neuen Bundesländern gegründet – darunter auch eine „Instituts-GmbH“. Die Gründung der Instituts-GmbH geht auf ein steuerrechtliches Gutachten zum Thema „Errichtung von Verwertungsplattformen innerhalb und außerhalb der Forschungseinrichtungen der Leibniz-Gemeinschaft“ zurück, das von LeibnizX in Auftrag gegeben wurde.

Besonders erfreulich ist neben der Zahl der erfolgreichen Gründungen auch die relativ hohe Anzahl von Gründungsprojekten in den Sektionen A und B. Durch gezieltes Marketing ist es hier gelungen, auch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus diesen Sektionen, in denen das Gründungsklima traditionell ungünstiger ist als in den anderen Sektionen, anzusprechen und für eine Unternehmensgründung zu begeistern. Drei Gründungen aus diesen Sektionen sind bisher erfolgt – weitere sind zumindest mittelfristig zu erwarten.

Auch in den Sektionen C, D und E gibt es noch laufende bzw. sich anbahnende Erfolg versprechende Gründungsprojekte, so dass generell zu erwarten ist, dass die Ausgründungsquote aus den Leibniz-Einrichtungen mit der Unterstützung durch LeibnizX in Zukunft noch weiter erhöht werden kann.

Seit einiger Zeit bietet LeibnizX allen Einrichtungen die Durchführung von so genannten „Screening-Workshops“ an. Mit Hilfe speziell auf die Bedürfnisse der jeweiligen Einrichtung zugeschnittener Workshops kann hier gemeinsam und strukturiert – evtl. auch über Fachgrenzen hinweg – verwertbares Wissen identifiziert werden.

Neuen Schub für die Gründungsberatung erhielt LeibnizX auch dadurch, dass das BMWi-Förderprogramm EXIST – Existenzgründungen aus der Wissenschaft, welches bisher nur Studierenden und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern an Hochschulen offen stand, nun auch für die außeruniversitären Forschungseinrichtungen geöffnet worden ist. Somit können sich nun auch Leibniz-Wissen-

schafterinnen und -Wissenschaftler, die eine Gründungsidee haben, um ein EXIST-Gründerstipendium bewerben. Gefördert werden innovative technologieorientierte Gründungsvorhaben ebenso wie innovative wissensbasierte Dienstleistungen. Gründer mit Hochschulabschluss erhalten 2.000 Euro/Monat, promovierte Gründer sogar 2.500 Euro/Monat. Die maximale Förderdauer beträgt ein Jahr.

Das vom BMBF geförderte Projekt LeibnizX lief ursprünglich zum 31. August 2007 aus. Um die erfolgreiche Arbeit fortzusetzen, schlug das BMBF vor, dass die Leibniz-Gemeinschaft einen Antrag für die Fortführung des Projekts LeibnizX bis zum 31.12.2009 stellen soll. Ende Juni 2007 hat die Leibniz-Gemeinschaft diesen Verlängerungsantrag gestellt. Der Antrag wurde bewilligt und hat ein Fördervolumen von 572.701 Euro bei einer Förderquote von 100%. Mit den bewilligten 2 ½ Mitarbeiterstellen kann LeibnizX seine Arbeiten nun bis Ende 2009 fortsetzen.

Im Rahmen des beantragten Anschlussprojekts wird nun das Dienstleistungsangebot von LeibnizX weiterentwickelt und über neue Wege kommuniziert werden, damit eine noch größere Anzahl von Leibniz-Einrichtungen bzw. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern durch das Dienstleistungsangebot von LeibnizX erreicht wird.

Ansprechpartner: Fritjof Karnani (LeibnizX)
Dr. Hans-Georg Weinig (Geschäftsstelle)

B. Jahresbericht des Referats Evaluierung

Im Berichtszeitraum wurden 20 Einrichtungen der Leibniz-Gemeinschaft von Bewertungsgruppen besucht, drei davon im Jahr 2006.

Der Senat hat auf seiner Sitzung vom November 2006 sowie auf seinen zwei bisherigen Sitzungen dieses Jahres 17 förderpolitische Stellungnahmen zu Leibniz-Einrichtungen verabschiedet.

Sitzung am 23. November 2006:

- Forschungsinstitut und Naturmuseum Senckenberg der SNG (FIS)
- Forschungszentrum Borstel – Leibniz-Zentrum für Medizin und Biowissenschaften (FZB)
- Leibniz-Institut für Meereswissenschaften (IFM-GEOMAR)
- Leibniz-Institut für Ostseeforschung Warnemünde an der Universität Rostock (IOW)
- Institut für Wissensmedien (IWM)
- Max-Born-Institut für Nichtlineare Optik und Kurzzeitspektroskopie (MBI)

Sitzung am 6. März 2007:

- Deutsches Primatenzentrum (DPZ)
- Deutsche Sammlung von Mikroorganismen und Zellkulturen GmbH (DSMZ)
- Römisch-Germanisches Zentralmuseum – Forschungsinstitut für Vor- und Frühgeschichte (RGZM)
- Zoologisches Forschungsmuseum Alexander Koenig – Leibniz-Institut für Biodiversität der Tiere (ZFMK)

Sitzung am 18. Juli 2007:

- Deutsches Bergbau-Museum Bochum (DBM)
- Deutsches Diabetes-Zentrum – Leibniz-Zentrum für Diabetes-Forschung (DDZ)
- Leibniz-Institut für Neurobiologie – Zentrum für Lern- und Gedächtnisforschung (IfN)
- Institut für Zeitgeschichte (IfZ)
- Leibniz-Institut für Pflanzenbiochemie (IPB)
- Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)
- Leibniz-Institut für Zoo- und Wildtierforschung (IZW)

Mit Ausnahme des IWH und des DDZ empfahl der Senat bei sämtlichen Einrichtungen die vorbehaltlose Weiterförderung. Das IWH soll bereits nach drei Jahren (2010) durch eine erneute Evaluierung auf seine wissenschaftliche Leistungsfähigkeit überprüft werden. Zur Förderungswürdigkeit des DDZ wird der Senat nach zwei Jahren (2009) eine erneute Stellungnahme, basierend auf dem Bericht des Wissenschaftlichen Beirats des DDZ, abgeben.

Der Senat der Leibniz-Gemeinschaft hat seit der Übernahme der Evaluierungen im Jahr 2001 bisher 56 Stellungnahmen verabschiedet; über sechs weitere wird er in

seiner diesjährigen Novembersitzung beraten (ATB, DSM, FMP, FÖV, PDI, PIK). Bis Ende 2007 werden insgesamt 78 Einrichtungen im Rahmen einer Evaluierung von Bewertungsgruppen besucht worden sein. Die Verfahren, für die noch keine Senatsstellungnahme vorliegt, befinden sich in unterschiedlichen Bearbeitungsstadien und werden in der ersten Jahreshälfte 2008 im Senat erörtert. Bund und Länder sind in der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) bisher sämtlichen Senatsempfehlungen gefolgt.

Die von der Leibniz-Gemeinschaft für 2008 geplante Evaluierung des Forschungszentrum Dresden-Rossendorf (FZD) wird auf Beschluss des Senats der Leibniz-Gemeinschaft vom 18.07.2007 ausgesetzt, da das Institut auf Bitten des Sitzlandes 2007 vom Wissenschaftsrat evaluiert wird und der Ausschuss „Forschungsförderung“ der BLK beschlossen hat, seiner Überprüfung der Fördervoraussetzungen das Ergebnis dieser Evaluierung zugrunde zu legen. Der Wissenschaftsrat wird auch eine Empfehlung zur zukünftigen Förderform des FZD aussprechen.

Der Senatsausschuss Evaluierung (SAE) hat im Jahr 2007 neben der Vorbereitung der Senatsstellungnahmen seine Bemühungen um die Weiterentwicklung des Evaluierungsverfahrens zu einem erfolgreichen Abschluss gebracht. Auf seiner Sitzung Mitte Juni stimmte der SAE den noch zur Diskussion ausstehenden Anlagen zum Dokument „Grundsätze zu Aufgaben und Verfahren der Evaluierung“ einstimmig zu, dessen Neufassung bereits auf vorhergehenden Sitzungen beraten worden war. Der Senat verabschiedete das Dokument in seiner darauf folgenden Sommersitzung. Damit liegen die Verfahrensregelungen in einer wesentlich detaillierteren Fassung vor als bisher, was die Transparenz des Verfahrens weiter erhöht. Zukünftig wird das Papier, das auf der Homepage des Referats Evaluierung zum Download verfügbar ist, den Leibniz-Einrichtungen und den Gutachtern als Leitfaden dienen. Neu sind Einspruchsmöglichkeiten der evaluierten Einrichtungen unter genau spezifizierten Bedingungen, wobei die Mitwirkung des Evaluierungsbeauftragten der Leibniz-Gemeinschaft in allen Fällen sichergestellt ist. Anregungen des Interdisziplinären Verbundes Serviceeinrichtungen (IVS) sowie relevanter Arbeitsgruppen des Präsidiums der Leibniz-Gemeinschaft fanden besonders im Fragenkatalog und in den Evaluierungskriterien (Anlagen 2 und 3) Eingang, die nun in wesentlich stärkerem Maße als bisher Leistungen in Service und Beratung berücksichtigen. Die Evaluierungskriterien sind nun insgesamt differenzierter als in der alten Fassung. Ein weiteres Novum stellt die Erstellung von Besuchsprotokollen in rein ergebnisorientierter und somit erheblich knapperer Form dar. Damit konnte eine Verkürzung der Bearbeitungszeit erreicht werden; im Regelfall soll zukünftig die Senatsstellungnahme sechs Monate nach dem Institutsbesuch vorliegen. Weiterhin hat der Senat bekräftigt, dass die Sprache der Evaluierung grundsätzlich Deutsch ist; ausnahmsweise kann auf Antrag der Einrichtung die Evaluierung in englischer Sprache erfolgen. Als hinreichender Grund gilt insbesondere der Mangel an qualifizierten und unbefangenen deutschsprachigen Gutachtern.

Des Weiteren hat der Senat in seiner Frühjahrssitzung der geänderten Geschäftsordnung des SAE zugestimmt. Die Änderung betrifft in erster Linie die Aufnahme einer Wahlordnung für die Wahlen des SAE-Vorsitzenden und der SAE-Mitglieder. Damit wird zukünftig gewährleistet sein, dass die Vorschläge der Sektionen für neue SAE-Mitglieder gleichberechtigt mit Vorschlägen von Mitgliedern des Ausschusses behandelt werden.

Zum 1. Januar 2007 hat Prof. Reinhard F. Hüttl den Vorsitz des SAE übernommen und damit Prof. Dietrich B. Wegener abgelöst. Zudem hatte der SAE in diesem Jahr auch einen Wechsel von zehn Mitgliedern zu verzeichnen. Dies betraf fünf wissenschaftliche Mitglieder für die Sektionen C und D sowie fünf vom Ausschuss „Forschungsförderung“ der BLK benannte Vertreter des Bundes und der Länder bzw. deren Stellvertreter.

Mitglieder des Senatsausschusses Evaluierung der Leibniz-Gemeinschaft

Stand: 12.09.2007

Prof. Dr. Dr. h. c. Reinhard F. Hüttl — <i>Vorsitzender</i> — GeoForschungsZentrum Potsdam, Wissenschaftlicher Vorstand
Prof. Dr. Dr. h. c. Ulrike Beisiegel — <i>Stellvertretende Vorsitzende</i> — Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf, Zentrum für Experimentelle Medizin, Institut für Molekulare Zellbiologie
Prof. Dr. Kirsten Adamzik Bévand Département de langue et de littérature allemandes, Université de Genève
Prof. Dr. Monika Bauer Fraunhofer-Institut für Zuverlässigkeit und Mikrointegration, Teltow
Prof. Dr. Drs. h. c. Jürgen Baumert Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin
Prof. Dr. Manfred Helmut Bayer Experimentelle Physik II, Universität Dortmund
Dir. und Prof. Dr. Martina Brockmeier Institut für Marktanalyse und Agrarhandelspolitik, Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft (FAL), Braunschweig
MinR Dr. Mathias Bruch vertreten durch RegDir Reinhard Heck Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Bonn
Prof. Dr. Dr. h. c. Rolf Emmermann GeoForschungsZentrum Potsdam
Prof. Dr. Paul Gans Lehrstuhl für Wirtschaftsgeographie, Abteilung Volkswirtschaftslehre, Universität Mannheim
Prof. Dr. Max-Emanuel Geis Institut für Staats- und Verwaltungsrecht, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen- Nürnberg

<p>Prof. Dr. Dr. Prof. h. c. mult. Thomas Geßner Zentrum für Mikrotechnologien, Fakultät für Elektrotechnik und Informationstechnik, TU Chemnitz</p>
<p>MinDirig Dr. Josef Glombik Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg, Potsdam</p>
<p>Prof. Dr. Bernhard Graf Institut für Museumsforschung, Staatliche Museen zu Berlin, Preußischer Kulturbesitz</p>
<p>Prof. Dr. Regine Hakenbeck Abteilung Mikrobiologie, Technische Universität Kaiserslautern</p>
<p>Prof. Dr. Hubert Heinelt Institut für Politikwissenschaft, Technische Universität Darmstadt</p>
<p>Prof. Dr. Reinhard Krämer Universität zu Köln, Institut für Biochemie</p>
<p>Prof. Dr. Stefan Meuer Institut für Immunologie der Universität Heidelberg</p>
<p>Prof. Dr. Wolfgang E. Nagel Institut für Technische Informatik, Zentrum für Informationsdienste und Hochleistungsrechnen (ZIH), Technische Universität Dresden</p>
<p>MinR Dr. Dietrich Nelle Bundesministerium für Bildung und Forschung, Bonn</p>
<p>Prof. Dr. Brigitte Nixdorf Lehrstuhl Gewässerschutz, Forschungsstelle Bad Saarow, BTU Cottbus</p>
<p>Prof. Dr. Wolfram Richter Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Lehrstuhl Volkswirtschaftslehre (Öffentliche Finanzen), Universität Dortmund</p>
<p>RegDir Dr. Thomas Roth Bundesministerium für Bildung und Forschung, Bonn</p>
<p>Prof. Dr. Alexander Steinbüchel Institut für Molekulare Mikrobiologie und Biotechnologie, Westfälische Wilhelms- Universität Münster</p>
<p>Prof. Dr. Rudolf Tippelt Institut für Pädagogik, Ludwig-Maximilians-Universität München</p>
<p>MinR Michael Wagner Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig- Holstein, Kiel</p>
<p>Prof. Dr. Richard Wagner Institut Laue-Langevin, Grenoble</p>
<p>Prof. Dr. Jürgen Wehland Abteilung Zellbiologie, Helmholtz-Zentrum für Infektionsforschung GmbH, Braunschweig</p>
<p>Prof. Dr. Günter Weimann Fraunhofer IAF – Institut für Angewandte Festkörperphysik, Freiburg</p>
<p>MinDirig'in Dr. Beate Wieland Ministerium für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf</p>

Stellvertreter für die Vertreter der Länder

RegDir Dr. Martin Dube Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin
SenDirig Wolfgang Eckey Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung Berlin
MinDirig Dr. Heribert Knorr Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg, Stuttgart

Nicht stimmberechtigte Mitglieder

Prof. Dr. Dr. Dr. h. c. Bernhard Müller Wissenschaftlicher Vizepräsident der Leibniz-Gemeinschaft Evaluierungsbeauftragter des Präsidiums der Leibniz-Gemeinschaft Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung e.V., Dresden
Prof. Dr. Eckhard George Wissenschaftlicher Vizepräsident der Leibniz-Gemeinschaft Institut für Gemüse- und Zierpflanzenbau Großbeeren & Erfurt
MinDirig Jürgen Schlegel Generalsekretär der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung, Bonn
Dr. Carsten Klein Leiter des Referats Evaluierung der Leibniz-Gemeinschaft, Bonn

C. Personalübersicht Geschäftsstelle, Referat Evaluierung und Projekte
(Stand: 16.11.2007)

Geschäftsstelle

Nr.	Name	Position und Dienstort	Aufgaben
1	Dr. Michael Klein	Generalsekretär Bonn / Berlin	
<i>Geschäftsstelle Bonn</i>			
2	Dr. Andrea Binder	Stv. General- sekretärin Bonn	Vertretung des Generalsekretärs Geschäftsleitung Grundsatzfragen Gremienbetreuung (Senat, Vorstand) Evaluierungsfragen (SAE)
3	Dr. Robert Steegers <i>Vertretung Dr. Martin Thomé, abgeordnet ins BMBF</i>	Wiss. Referent Bonn	Gremienbetreuung (Sektion A, Sektion B, IVS, AK Open Access, AK Bibliotheken, AG Museen, AG Archive, AG Hochschule) SAW-Verfahren GiD
4	Dr. Hans-Georg Weinig	Wiss. Referent Bonn	Gremienbetreuung (Präsidium, Sektion C, Sektion E, AK Nachhaltigkeit, Forum für Forschungsförderung (Biodiversität) Wissenstransfer (AK Wissenstransfer, LeibnizX) Internationales
5	RA Adrian Grüter, LL.M.	Wiss. Referent Bonn	Gremienbetreuung (VA, AK Recht) Juristische Fragen des Verbandes und der Geschäftsstelle
6	Anna Riegel, M. A. zzt. Mutterschutz	Assistentin der Geschäftsleitung	
7	Sven Olaf Weichert	Sachbearbeiter	Finanzcontrolling

		Bonn	Personalverwaltung Daten & Statistik Liegenschaften SAW-Verfahren Preise
8	Stephan Zwick	Adm. Referent Bonn	Gremienbetreuung (VA, AK Finanzen) Haushalt/Finanzen
9	Riadh Mcharek zzt. Elternzeit	Sachbearbeiter Bonn	Gremienbetreuung (AK IT) Technische Infrastruktur Programmierung
10	Sandy Töpfer Vertretung Katja Winzer	Sekretärin Bonn	Sekretariat Bonn
11	Anja Brunner	Sekretärin Bonn	Bestellung und Beschaffung Veranstaltungsorganisation (Jahrestagung, Seminare) Versand Unterlagen Sekretariat (Vertretung)
12	Martina Kolfenbach	Sachbearbeiterin Bonn	Reisekosten (inkl. Begehungsgruppen / Evaluierung) Buchhaltung Inventarisierung
<i>Berlin-Büro</i>			
13	Dr. Katja Brandt	Wiss. Referentin Berlin	Persönliche Referentin des Präsidenten Protokoll Vorstand
14	Christoph Herbort-von Loeper, M. A.	Wiss. Referent Berlin	Redaktion von Publikationen (Journal) Presse-/ Öffentlichkeitsarbeit (PM, Pressespiegel, Medienbeobachtung, Newsletter) Zuarbeit Präsident (Reden) Veranstaltungsorganisation (Parlamentarischer Abend, Leibniz-Frühstück)
15	Thomas Vogt, M. A.	Wiss. Referent Berlin	Gremienbetreuung: AK Presse Pressearbeit (Pressesprecher) Redaktion von Publikationen

			(Jahrbuch, Zwischenruf) Veranstaltungsorganisation (Jahrestagung) WID
16	RA'in Anja Pelzer zzt. Mutterschutz	Wiss. Referentin Berlin	
17	Anita Reisner	Sekretärin Berlin	Sekretariat des Präsidenten
18	Irina Mannheim	Sekretärin Berlin	Sekretariat Berlin-Büro
<i>Brüssel-Büro</i>			
19	Dr. Jan-Stefan Fritz	Wiss. Referent Brüssel	Büroleitung Brüssel Übergangsweise Betreuung Sektion D
20	Ass. iur. Anette Schoen	Wiss. Referentin Brüssel	Europäische Forschungsförderung, Präsentationen in Brüssel, Kontakte zu Nationalen Kontaktstellen, EU-Organen, KoWi
21	Claudia Labisch	Wiss. Referentin Brüssel	Anliegen der Sektion E und IÖR sowie KDM
22	Anna B. Martinez	Assistentin Brüssel	Sekretariat Brüssel-Büro

Referat Evaluierung

<i>Referat Evaluierung</i>			
1	Dr. Carsten Klein	Referatsleitung Bonn	
2	PD Dr. Susanne H. Holstein	Stv. Referatsleitung Bonn	
3	Dr. Martin Werner	Wiss. Referent Bonn	

4	Dr. Andreas Kahle	Wiss. Referent Bonn	
5	Christiane Joerk	Wiss. Referentin Bonn	
6	Dr. Ismene Seeberg- Elverfeldt	Wiss. Referentin Bonn	
7	Karin Luppus	Sekretariat	
8	Sigrid Künzel	Sekretariat	

Projekte

<i>Projekte</i>			
LeibnizX	Fritjof Karnani Jörg Strompen	Berlin	BMBF-Projekt, befristet bis 31.12.2009
Geisteswissen- schaften im Dialog (GiD)	Ruth Bendels	Bonn	BMBF-Projekt, befristet bis 31.12.2009
Verwertungs- u. Transfernetze	N.N. N.N.	Berlin	BMBF-Projekt, befristet bis 31.03.2009